



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



A large, vibrant red rectangular graphic is positioned in the lower right quadrant of the image, partially overlapping the city scene. It contains the title text.

AFRIKA STRATEGIE 2025–2028



AFRIKA
STRATEGIE
2025–2028

Beim vorliegenden Bericht, der vom Bundesrat am 20. Dezember 2024 gutgeheissen wurde, handelt es sich um eine geografische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie (APS 2024–2027). Die Verabschiedung der Afrika Strategie 2025–2028 entspricht einer Massnahme des Bundesrats im Rahmen seiner Jahresziele 2024.

Vorwort

Afrika, ein Kontinent mit über 1,3 Milliarden Menschen, wird in den kommenden Jahrzehnten entscheidend die globalen Entwicklungen mitprägen. Bis 2050 wird die Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent mehr als 25 % der Weltbevölkerung ausmachen¹. In multilateralen Gremien spielen afrikanische Staaten künftig eine immer wichtigere Rolle. Ein prosperierendes Afrika ist deshalb von grossem Interesse für die Schweiz und Europa, nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, sondern auch im Hinblick auf globale Sicherheit und Stabilität. Die Schweiz erkennt in einer Afrika-Strategie die Notwendigkeit, die Beziehungen zu diesem dynamischen und aufstrebenden Kontinent gezielt zu stärken.

Getragen von einer wachsenden Mittelschicht und einer jungen, dynamischen Bevölkerung, weisen einzelne afrikanische Volkswirtschaften eine starke Wachstumsdynamik auf. Besonders im Tech- und Digitalbereich treiben Start-ups die Wirtschaft voran, was neue Märkte für Schweizer Unternehmen eröffnet, insbesondere in Ländern wie Nigeria, Kenia und Südafrika. Bis 2050 werden Städte wie Lagos, Kinshasa und Dar es Salaam zu den grössten Metropolen der Welt gehören², was Afrikas globales wirtschaftliches Gewicht weiter erhöht. Afrika verfügt zudem über immense natürliche Ressourcen. Der Kontinent besitzt einen grossen Anteil der weltweiten Rohstoffvorkommen, darunter Gold, Kobalt, Platin, Mangan, sowie einige seltene Erden, Öl und Gas, die für die heutige sowie die zukünftige Energieversorgung unerlässlich sind. Diese Ressourcen bieten Potenzial für Handel und Investitionen, was zur Diversifizierung der globalen Lieferketten beiträgt und europäische Abhängigkeiten reduziert.

Gleichzeitig stellen sich zahlreiche Herausforderungen, die unsere Aufmerksamkeit verlangen. Politische Volatilität, fragile Staaten, Konflikte sowie die Ausbreitung extremistischer Gewalt – wie aktuell beispielsweise in der Sahelzone – gefährden die Stabilität des Kontinents. Diese Konflikte führen zu Migration und Flüchtlingsbewegungen, die Europa direkt betreffen können. Die Schweiz sowie Europa müssen Strategien entwickeln, um diese Instabilität nicht nur humanitär zu bewältigen, sondern auch präventiv zu handeln und dabei die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten zu stärken. Zudem stehen Afrika und die Welt vor der Herausforderung des Klimawandels. Der Kontinent ist besonders stark von den Auswirkungen der globalen Erderwärmung betroffen, was zu vermehrten Dürren, Überschwemmungen



und landwirtschaftlichen Problemen führt. Dies verschärft Armut und führt zu weiteren Migrationsbewegungen. Daher ist eine enge internationale Zusammenarbeit mit Afrika unabdingbar, besonders im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels.

Die Afrika-Strategie der Schweiz 2025–2028 adressiert diese Chancen und Herausforderungen gleichermaßen. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die nachhaltige Entwicklung und Stabilität fördert, ist der Schlüssel, um langfristig positive Entwicklungen für beide Seiten zu ermöglichen. Afrika ist kein Krisenkontinent, sondern ein Kontinent der Zukunft – und die Schweiz will daran arbeiten, diese Zukunft aktiv mitzugestalten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Cass".

Ignazio Cassis
Bundesrat
Vorsteher Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

1 [UN World Population Prospects 2022 \(DESA\)](#)

2 [SageJournals. Population predictions for the world's largest cities in the 21st century. 2016](#)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Rückblick auf die Subsahara-Afrika Strategie 2021–2024	7
3	Geopolitische Auslegeordnung	9
3.1	Globale Akteure und regionale Integration	9
3.2	Regionale Trends	9
4	Schweizer Interessenlage	14
4.1	Frieden und Sicherheit	14
4.2	Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit	14
4.3	Umwelt	15
4.4	Demokratie und Gouvernanz	16
5	Regionen	17
5.1	Westafrika	17
5.2	Ostafrika	20
5.3	Zentralafrika	22
5.4	Südliches Afrika	24
5.5	Nordafrika	26
5.6	Multilateralismus	28
6	Agilität und Flexibilität der Afrika Strategie 2025–2028	30
6.1	Antizipation	30
6.2	Toolbox aussenpolitischer Instrumente	30
7	Partner für die Umsetzung	31
Anhang		33
	Netzwerk der Schweizer Vertretungen in Afrika	33
	Übersicht Ziele	34
	Abkürzungsverzeichnis	39
	Glossar	39

1 Einleitung

Die Afrika-Strategie 2025–2028 gründet auf einer langjährigen partnerschaftlichen Beziehung der Schweiz zu den Staaten der Region. Die Aussenpolitische Strategie 2024–2027 (APS 24–27)³ hält fest, dass Aussenpolitik Interessenpolitik ist, was auch die Förderung der Schweizer Werte umfasst. Abgeleitet vom Kernauftrag der Aussenpolitik, die Wahrung von Sicherheit, Wohlstand und Unabhängigkeit der Schweiz, reichen die Interessen der Schweiz in Afrika von Wirtschaft und Entwicklung über Sicherheit bis hin zu multilateraler Zusammenarbeit, Frieden, Demokratie und Migration. Denn die Dynamiken auf unserem südlichen Nachbarkontinent haben direkte Auswirkungen auf Europa und die Schweiz: Die APS 24–27 beschreibt einen Krisenbogen um Europa, der sich bis in den Sudan und die Sahelzone erstreckt. Mangelnde wirtschaftliche Perspektiven, schwache staatliche Institutionen und fehlende Grundversorgung sowie die Ausbreitung gewalttätigen Extremismus und bewaffneter Konflikte verursachen Flucht und Migration, die letztlich auch die Schweiz betreffen. Andererseits zeigen einige Staaten Afrikas eine positive wirtschaftliche Dynamik, deren Förderung im Interesse der Schweiz liegt. Die verstärkte multilaterale Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten und Regionalorganisationen dient schliesslich dazu, unseren Interessen im multilateralen Bereich mehr Gewicht zu verleihen. Dabei positioniert sich die Schweiz als Land, das auf gleicher Ebene Beziehungen mit afrikanischen Staaten aufbaut und Gute Dienste anbietet sowie als Brückenbauerin wirkt. Ein Vorteil dabei ist, dass die Schweiz in Afrika kaum mit der Kolonialgeschichte in Verbindung gebracht wird.

Die Beziehungen zu den nordafrikanischen Staaten wurden bisher ausschliesslich in der MENA-Strategie 2021–2024 abgebildet. Bei der Umsetzung der Subsahara-Afrika-Strategie 2021–2024 hat sich aber gezeigt, dass Subsahara-Afrika nicht ohne Nordafrika gedacht werden kann. Zu nennen sind hier beispielsweise die Zusammenarbeit innerhalb der Afrikanischen Union und ihre Vorzeigeprojekte wie die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA), die wirtschaftlichen Verknüpfungen, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit in der Sahel-Region und im Sudan oder die Interessenslage im Roten Meer. Weitere Beispiele sind die Initiativen mit regionaler Ausstrahlung von Staaten wie Algerien und Marokko, die Migrationsrouten, oder die grenzüberschreitenden Flussläufe. Eine Strategie für den gesamten Kontinent trägt diesen Verbindungen Rechnung.

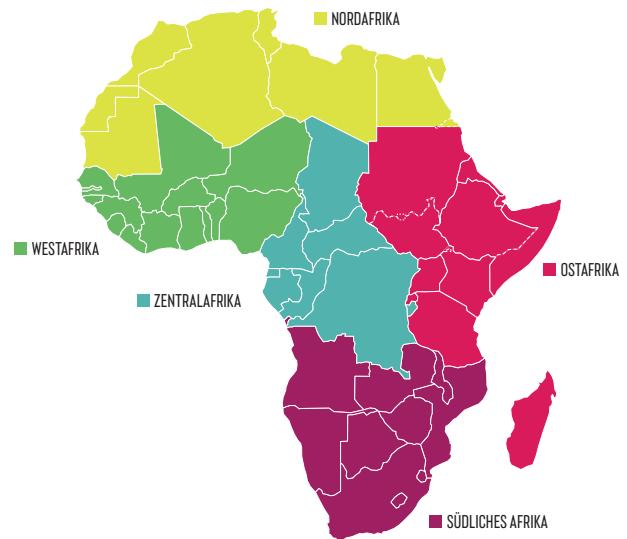


Abbildung 1: Gliederung des afrikanischen Kontinents in Regionen gemäss der Afrikanischen Union (Quelle: EDA)

Bei der Gliederung des Kontinents in verschiedene Regionen folgt die Strategie dem Modell der Afrikanischen Union mit insgesamt fünf Regionen: Nordafrika, Westafrika, Zentralafrika, Ostafrika und südlisches Afrika. Ein weiteres Kapitel der Strategie fokussiert auf den afrikanischen Multilateralismus.

Die Einbettung der Subsahara-Afrika-Strategie (2021–2024) in die aussenpolitische Strategiekaskade⁴ hat sich bewährt. Damit wurde die aussenpolitische Kohärenz sichergestellt, sowohl inhaltlich als auch interdepartemental. Zahlreiche Akteure aus Wirtschaft, Bildung, Forschung und Innovation spielen eine bedeutende Rolle auf dem Kontinent. Die Struktur der vorliegenden Afrika-Strategie, welche statt Fokusregionen den gesamten Kontinent abdeckt und so die Schweizer Aktivitäten in Afrika ganzheitlich erfasst, ermöglicht eine kohärentere Interessenvertretung auf dem Kontinent.

Diese Strategie knüpft an die Erfahrungen der ersten Subsahara-Afrika-Strategie 2021–2024 an, durch die die Schweiz das Potenzial Afrikas erkannte, und zielt darauf ab, die Beziehungen zum Kontinent weiter zu vertiefen. Die Afrika-Strategie 2025–2028 ist eine geografische Folgestrategie der Aussenpolitischen Strategie des Bundesrates 2024–2027. Wie bereits die erste, wurde auch diese interdepartemental

3 <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/strategien/aussenpolitischesestrategie.html>

4 <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/strategien.html>

ausgearbeitet und betrifft alle Departemente. Von ihr – und der IZA-Strategie 2025–2028 – werden operationelle Umsetzungsdokumente (z.B. Kooperationsprogramme der IZA) mit Zielen und Indikatoren abgeleitet. Innenpolitische Grundlage bilden die Bundesverfassung, die relevanten [Bundesgesetze](#),⁵ die [APS 24–27](#) sowie die IZA-Strategie 2025–2028. Weitere massgebliche Dokumente des Bundesrats sind die [Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik](#), die [Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation](#) und die [Gesundheitsaussenpolitik der Schweiz 2019–2024](#) (verlängert bis 2028).

Vor Ort tritt die Schweiz geeint auf, wobei das EDA und andere Departemente bei der Umsetzung der strategischen Ziele zusammenarbeiten. Die Schweiz nutzt die vielfältige Expertise ihres diplomatischen und konsularischen Personals, Verteidigungs- und Migrations-Attachés, Wirtschafts- und Wissenschaftspersonal sowie den Mitarbeitern der internationalen Zusammenarbeit gemäss IZA-Strategie.

Die Schweiz verfügt auf dem Kontinent über eine breite Palette aussenpolitischer Instrumente. Die Afrika-Strategie 2025–2028 bietet den verschiedenen Akteuren der Aussenpolitik einen Rahmen, diese zielgerichtet einzusetzen und die interne Koordination zu verstärken. Als Kommunikationsinstrument ist die Afrika-Strategie 2025–2028 darauf ausgerichtet, die Wirkung der Schweizer Aussenpolitik gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit in der Schweiz und gegenüber den afrikanischen Partnern zu stärken.

Der Bundesrat legt Wert auf die gemeinsame Umsetzung konkreter Ziele. Um eine optimale Wirkung der aussenpolitischen Instrumente zu gewährleisten und vorbereitet zu sein auf Veränderungen in den verschiedenen Kontexten legt er in der Umsetzung dieser Strategie einen Schwerpunkt auf die Antizipation.

⁵ [Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe; Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte](#)

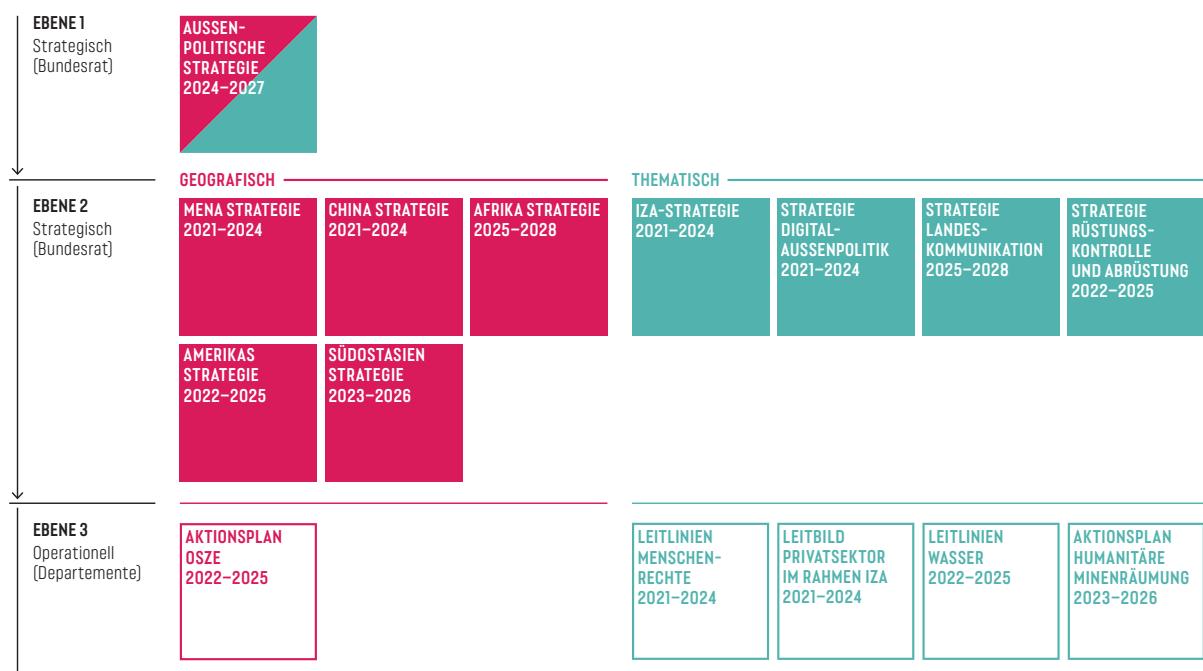


Abbildung 2: die aussenpolitische Strategiekaskade [Quelle: EDA]

2 Rückblick auf die Subsahara-Afrika Strategie 2021–2024

Die Schweiz hat ihre Präsenz in den letzten vier Jahren im Rahmen der Subsahara-Afrika Strategie 2021–2024⁶ namentlich in den drei Fokusregionen (Sahel, Grosses Horn von Afrika, Grosse Seen) gestärkt. Die zwei neuen Sonderbotschafterposten für die Regionen Sahel und Grosses Horn von Afrika und der Entscheid zur Eröffnung einer Botschaft in Bamako und in Kigali verdeutlichen diese Entwicklung. Dank ihrer langjährigen Aufbauarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit geniesst die Schweiz Vertrauen in der Region. Die internationale Zusammenarbeit (IZA) des Bundes, inklusive der Beiträge der Kantone und Gemeinden, beliefen sich für Subsahara-Afrika 2021–2024 pro Jahr auf rund CHF 525 Mio. Die Schweiz wird zudem dank ihres unabhängigen Auftritts als «honest broker» für die Vermittlung in Friedensprozessen in den drei Schwerpunktregionen sowie in weiteren Kontexten auf dem afrikanischen Kontinent geschätzt. Durch die bewährte Kombination von Diplomatie Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Friedensförderung⁷ konnte sie einen substanzuellen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung und der Linderung von Not leisten.

Im Zeitraum der Subsahara-Afrika-Strategie 2021–2024 wurden knapp zwei Dutzend Staats- und Ministerbesuche sowie zahlreiche politische Konsultationen mit afrikanischen Staaten durchgeführt. Auch in der Aussenwirtschafts- und Wissenschaftsaussenpolitik verzeichnete die Schweiz mit Afrika eine rege Besuchsdiplomatie sowie eine Vielzahl bilateraler und multilateraler Aktivitäten. Die Forschungskooperation wurde beispielsweise durch den Beitritt der Schweiz zur internationalen Forschungsorganisation Square Kilometre Array Observatory (SKAO)⁸, welche u.a. in Südafrika gebaut wird, intensiviert. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde durch Projekte in verschiedenen Bereichen gestärkt, beispielsweise im Finanzsektor, der urbanen Entwicklung oder im Bereich der erneuerbaren Energien. Zudem konnte über die IZA und den Schweizer Privatsektor ein Beitrag zur Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geleistet werden. Durch den Abschluss von mehreren Vereinbarungen über Emissionsverminderungen und die Speicherung von CO₂

im Ausland gemäss Artikel 6 des Übereinkommens von Paris⁹, sowie Migrationsabkommen und Luftverkehrsabkommen konnten die bilateralen Beziehungen in Subsahara-Afrika in den sektoriellen Bereichen vertieft werden. Durch ihre vielfältige Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern sowie die umfangreiche Beteiligung an Projekten im Rahmen der Europäischen Forschungsrahmenprogrammen, leisteten Schweizer wissenschaftliche Institutionen einen wichtigen Beitrag im Bereich Gesundheit, Klimawandel, Wasserwirtschaft und nachhaltige Landwirtschaft. Diese Kooperationen förderten Wissenstransfer, stärkten die wissenschaftlichen Kapazitäten vor Ort und intensivierten die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit nachhaltig.

In der Region Sahel hat sich die Schweiz im Bereich Friedenförderung in den letzten Jahren als Vermittlerin aktiv eingebracht. Sie hat sich zudem an den multilateralen Diskussionen beteiligt, insbesondere auch durch den Einsatz im UNO-Sicherheitsrat. Durch den Abschluss von drei Migrationsabkommen in der Region¹⁰ und die Durchführung eines Migrationsdialogs mit Nigeria hat die Schweiz auch ihre bilaterale Migrationszusammenarbeit ausgebaut. Aufgrund der unsicheren politischen Verhältnisse in Mali wurde der Entscheid der Aufwertung des Kooperationsbüros in Bamako in eine Botschaft noch nicht vollzogen.

Im Grossen Horn von Afrika konnte die Schweiz die Kapazität von regionalen und internationalen Akteuren durch Entsendung von Expertinnen und Experten zur Unterstützung von Koordinationsmechanismen in Regionalorganisationen stärken. Die Schweiz hat im migrationspolitischen Bereich Dialoge mit den Herkunftsländern geführt und bei der Rückkehr abgewiesener Asylbewerbender Verbesserungen erzielt. Die Sicherheitslage, insbesondere im Sudan, hat sich in den letzten Jahren jedoch verschlechtert. Auf den Ausbruch des Konflikts im Sudan hat die Schweiz rasch mit einer Erhöhung der humanitären Hilfe und einer Verstärkung ihres friedenspolitischen Engagements reagieren können.

In der Fokusregion Grosse Seen steht die Wiedereröffnung der Botschaft in Ruanda bevor. Damit stärkt das EDA sein Profil im Bereich Friedensförderung in der Region, zum Beispiel mit der gezielten Unterstützung verschiedener Friedensprozesse und

6 https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/publikationen.html/content/publikationen/de/eda/schweizer-aussenpolitik/Subsahara_Afrika_Strategie_2021–2024.html

7 <https://www.un.org/peacebuilding/content/humanitarian-development-and-peace-nexus>

8 <https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/de/home/forschung-und-innovation/internationale-f-und-i-zusammenarbeit/internationale-forschungsorganisationen/skao.html>

9 <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klima–internationales/staatsverträge-umsetzung-klimauebereinkommen-von-paris-artikel6.html>

10 Gambia, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau

Gesetzesreformen zur Verhinderung der Straflosigkeit von geschlechtsspezifischer Gewalt. Im UNO-Sicherheitsrat hat die Schweiz sich für die Friedenskonsolidierung in der Region eingesetzt. Sie hat auch Personal in UNO- und EU-Missionen vor Ort entsandt und sich mit verschiedenen Projekten für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt eingesetzt. Zudem hat die Schweiz die Demokratische Republik Kongo (DRK) dabei unterstützt, den «freiwilligen Grundsätzen für Sicherheit und Menschenrechte», insbesondere im Bereich Rohstoffe, beizutreten.

Der Schwerpunkt auf die wirtschaftlich aufstrebenden Länder Afrikas (die sogenannten «wirtschaftlichen Löwen») half, gemeinsam mit der thematischen Priorisierung der Digitalisierung, einen Fokus auf wirtschaftliche Opportunitäten zu setzen. Die Anliegen der Schweizer Aussenwirtschaft, insbesondere an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wurden aktiv mit diesen Staaten aufgegriffen. Die strategische Ausrichtung stiess auf positiven Anklang in den afrikanischen Partnerstaaten, wenn auch die wirtschaftliche Entwicklung in einigen Ländern hinter den Prognosen zurückblieben.

Der strategische Fokus auf die Regionalorganisationen hat sich bewährt. Dieser Fokus ermöglicht einen gemeinsamen Blick auf grenzüberschreitende Themen. Die Beziehungen, welche die Schweiz zu verschiedenen regionalen Strukturen und Unterorganisationen der Afrikanischen Union (AU) unterhält, sind gut. Sie können in Zukunft aber noch enger ausgestaltet werden. Angesichts des sich rasch entwickelnden multilateralen Umfelds Afrikas geht es hier darum, Opportunitäten zu identifizieren und diese mit den multilateralen afrikanischen Partnern zu entwickeln.

Nicht zuletzt aufgrund der volatilen Lage in weiten Teilen Afrikas und sich überlagernder globaler Krisen überrascht es nicht, dass nicht alle Ziele der Subsahara-Afrika-Strategie erreicht werden konnten. Eine gewonnene Erkenntnis der letzten vier Jahre ist insbesondere, dass humanitäre Notlagen insgesamt zugenommen haben. Für die Schweiz bedeutet dies, dass die humanitäre Hilfe in Afrika, als Ausdruck der Solidarität unseres Landes mit den Menschen in Not, künftig noch stärker gefordert sein wird als bisher. Es wurde ebenfalls deutlich, dass politische Unsicherheit und unrechtmässige Machtwechsel, insbesondere in der Sahelzone, teils negative Auswirkungen auf die Stabilität der westafrikanischen Küstenländer haben. Es gilt, dem weiteren Ausgreifen der Instabilität auf die Region Westafrika entgegenzuwirken. Daher zielt die neue Strategie darauf ab, die Anrainerstaaten am Golf von Guinea in der Festigung ihrer demokratischen Ausrichtung besser zu unterstützen.

Bei der Umsetzung der Strategie wurde letztlich deutlich, dass der Volatilität stärker Rechnung getragen werden muss. Auch aus diesem Grund sind die Antizipation unerwarteter Ereignisse und die Flexibilität in der Anwendung der aussenpolitischen Instrumente integraler Bestandteil der vorliegenden Strategie (siehe Kapitel 6).

3 Geopolitische Auslegeordnung

3.1 Globale Akteure und regionale Integration

Die Welt ist von Fragmentierung und einem verstärkten Werben externer Mächte um Einfluss geprägt. Grossmächte wie China und Russland verstärken ihre Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent. Regionalmächte wie die Türkei und einzelne Golfstaaten nehmen ebenfalls vermehrt Einfluss. Die USA und die Europäische Union (EU) reagieren darauf mit einer regen Besuchsdiplomatie und einem erneuerten strategischen Fokus auf die Region. Das vermehrte Interesse externer Akteure an Afrika kann den Handlungsspielraum afrikanischer Staaten erhöhen. Es ist daher zu erwarten, dass Afrika im 21. Jahrhundert weiter an geopolitischem Gewicht gewinnen wird.

Viele Länder Afrikas sind bemüht, im Wettbewerb der Mächte eine ausgeglichene Positionierung zu wahren. Die meisten afrikanischen Staaten pflegen langjährige, oft komplexe Beziehungen zu den Grossmächten. In einigen Regionen treten anti-westliche Ressentiments zutage – teils durch vom Ausland finanzierte Desinformationskampagnen aktiv befeuert. Gleichzeitig sind viele afrikanische Staaten weiterhin eng mit Staaten der westlichen Hemisphäre verbunden.

Die globalen Machtverschiebungen haben einen direkten Einfluss auf das multilaterale System. Die Diskussionen und Verhandlungen in den Vereinten Nationen (UNO), der einzigen universellen internationalen Organisation, werden stärker polarisiert. Eine Folge ist, dass Staaten auf multilaterale Zusammenschlüsse und Gremien ausserhalb des UNO-Systems fokussieren. Für die afrikanischen Staaten sind hier die erweiterten BRICS¹¹ sowie die G20-Staaten¹² mit der Afrikanischen Union als neues Mitglied zu nennen. In beiden informellen Gruppierungen wurde die afrikanische Teilhabe in den vergangenen Jahren vergrössert. Auch zeigt die Erweiterung der oben erwähnten Formate, dass sich eine grössere Anzahl afrikanischer Staaten multilateral einbringt.

Afrikanische Staaten wollen das multilaterale System mit dem Ziel angemessenerer Vertretung reformieren. Einige nehmen die universellen Konzepte und Normen als westlich wahr und fordern in der Normensetzung ein grösseres Mitspracherecht. Getreu dem Motto «afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme» nehmen die Afrikanische Union, aber auch deren

Regionalorganisationen (Regional Economic Commissions, RECs¹³) auf dem Kontinent eine promintere Rolle ein, zunehmend auch in der militärischen Friedensförderung.

Die Bemühungen zur Stärkung des afrikanischen Multilateralismus gehen mit einer thematischen Verbreiterung einher. Mit dem Flaggschiffprojekt der afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) wird gegenwärtig die kontinentale wirtschaftliche Integration erarbeitet. Damit soll unter anderem dem Umstand begegnet werden, dass der innerafrikanische Handel immer noch vergleichsweise tief ist. Die Umsetzung dieses Mammutprojekts erfolgt schrittweise und hat mittel- bis langfristig grosses Potential. Daneben gewinnen afrikanische Initiativen in Themenbereichen wie dem freien Personenverkehr oder der Gesundheitspolitik an Rückenwind.

3.2 Regionale Trends

3.2.1 Frieden und Sicherheit

Während in einigen Staaten eine Verbesserung der Lage und eine gewisse, wenn auch mancherorts fragile Stabilität erreicht wurde, leiden weite Teile Afrikas, insbesondere südlich der Sahara, unter politischer Instabilität, verschärft durch bewaffnete Konflikte und gewalttätigen Extremismus. Diese Herausforderungen erzeugen neben weiteren Faktoren wie schwacher staatlicher Institutionen und ethnischer Diskriminierung einen Wechselkreis politischer und regionaler Fragilität, der schwere humanitäre Krisen zur Folge hat. Extremistische Gruppierungen nutzen die strukturellen Schwächen des Staates sowie die systemische Armut aus, um ihren Einfluss zu vergrössern. Dies kann auch für die Schweiz zur Sicherheitsbedrohung werden.

Die Zivilbevölkerung gerät regelmässig zwischen die Fronten und leidet unter den direkten und indirekten Folgen der Konflikte. Angriffe auf Zivilisten, sexuelle Gewalt und Zwangsrekrutierungen von Kindersoldaten sind in Konfliktgebieten häufig und vergrössern das humanitäre Leid. Dadurch werden Bemühungen um Versöhnung und Wiederaufbau untergraben. Organisierte Kriminalität, insbesondere Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, stellt eine weitere Herausforderung dar. Sie schürt Gewalt und Korruption,

¹¹ BRICS: ursprünglich Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, neu auch Ägypten, Äthiopien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate. Saudi-Arabien wurde ebenfalls eingeladen, ist aber noch nicht beigetreten; Argentinien hat die Einladung nicht angenommen.

¹² G20: Gruppe der Zwanzig, <https://www.g20.org/en>

¹³ Dazu zählen die Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde (IGAD), die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC), die Zentralafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (CEEAC), die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), die Gemeinschaft der Staaten des Sahel und der Sahara (CENSAD), der Gemeinsame Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA) und die Union des Arabischen Maghreb (UAM).

untergräbt staatliche Institutionen und behindert die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Sicherheitsstrukturen in Afrika sind gleichzeitig im Wandel. Die Rolle und Präsenz von UNO-Friedensmissionen werden zunehmend durch neue afrikanische und internationale militärische Akteure in Frage gestellt. Die wachsende externe Militärhilfe ist auch mit dem Anspruch verknüpft, Einfluss in der Region zu gewinnen und Zugang zu Rohstoffen zu erhalten. Diese veränderte Dynamik erschwert die Koordination der Friedensbemühungen und erfordert eine ständige Anpassung lokaler und multilateraler Sicherheitsstrategien.

3.2.2 Wirtschaft

Afrika ist nach Fläche und Bevölkerung der zweitgrösste Kontinent und trug im Jahr 2023 2,7% zum globalen aggregierten Bruttoinlandprodukt (BIP) bei.¹⁴ Der kleine Anteil an der Weltwirtschaft weist auf einen grossen Nachholbedarf hin. Während einige der afrikanischen Staaten 2024 ein beachtliches BIP-Wachstum von 6% oder mehr hinlegten, erholen sich die afrikanischen Volkswirtschaften nur langsam von den Folgen der Covid-19-Pandemie.¹⁵ Das BIP-Wachstum Afrikas von durchschnittlich 3,5% liegt deutlich hinter beispielsweise dem östlichen und südlichen Asien, ist jedoch höher als das regionale Wachstum Südamerikas.

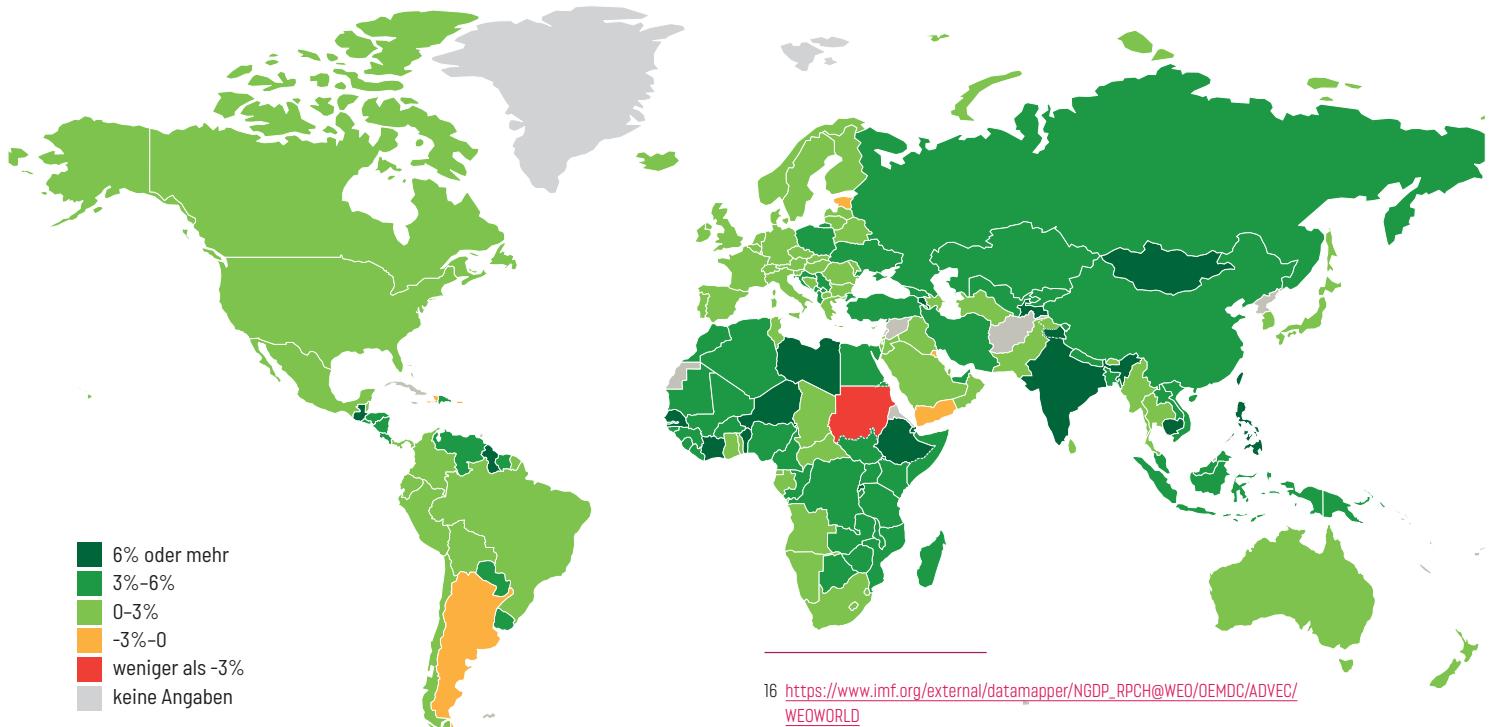
14 <https://www.imf.org/external/datamapper/PPPGDP@WEO/OEMDC/ADVEC/WEOWORLD/AQ>

15 [https://www.imf.org/Regional Economic Outlook for Sub-Saharan Africa, October 2024 | Reforms amid Great Expectations](https://www.imf.org/Regional-Economic-Outlook-for-Sub-Saharan-Africa,-October-2024-Reforms-amid-Great-Expectations)

Beim Blick auf die Entwicklung Afrikas ist wichtig, die ökonomischen Unterschiede im Auge zu behalten, die auf einem Kontinent mit mehr als 50 Ländern existieren. Einige afrikanische Länder schneiden aufgrund ihrer wirtschaftlichen Diversifizierungsbemühungen, ihrer relativ gesunden öffentlichen Finanzen oder ihrer politischen Stabilität verhältnismässig gut ab. Andere wiederum üben auf internationale Unternehmen eine Anziehungskraft als Tor zum Kontinent aus, indem sie als regionale Drehkreuze agieren. Die grossen Volkswirtschaften des Kontinents (beispielsweise Südafrika, Ägypten, Nigeria, Algerien, Äthiopien) stehen vor wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Sie bleiben aber entscheidende Motoren für die Entwicklung für ganz Afrika.

Kurzfristig zeigt die makroökonomische Situation vielerlei Anzeichen einer Stabilisierung nach Jahren aufeinanderfolgender Krisen. Das Wirtschaftswachstum erreicht wieder einen Durchschnitt von rund 3,8%. Die Inflation geht allmählich zurück und die Verschuldung stabilisiert sich. Laut IWF sind auch die ausländischen Direktinvestitionen nach Afrika gestiegen, was das Ergebnis eines Trends zur makroökonomischen Stabilisierung ist. Die schrittweise Umsetzung des AfCFTA, die das Potenzial hat, den Kontinent wirtschaftlich zu heben, bietet mittel- bis langfristig positive Aussichten. Die wachsende internationale Konkurrenz um knappe strategische Rohstoffe stärkt die Verhandlungsmacht ressourcenreicher afrikanischer Länder. Zudem haben schwerwiegende Lieferengpässe der letzten Jahre die Bedeutung der Resilienz von Lieferketten gezeigt, was viele afrikanische Länder als Lieferanten für Europa attraktiver macht.

Abbildung 3: BIP-Wachstum in Prozent, 2024¹⁶



Das Wirtschaftswachstum führt für weite Teile der Gesellschaft aber oft nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen. Das meist schlechte Abschneiden insbesondere Subsahara-Afrikas bei Indikatoren der Einkommensungleichheit verdeutlicht dies.¹⁷ Mittelfristig sehen sich viele afrikanische Staaten mit der Herausforderung konfrontiert, Lösungen insbesondere in Bezug auf die Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven für die junge Bevölkerung im Kontext eines anhaltend hohen Bevölkerungswachstums zu finden. Dabei könnte die Digitalisierung in Afrika eine wichtige Rolle spielen.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine haben die strukturellen Probleme der afrikanischen Volkswirtschaften verschärft, das Wirtschaftswachstum gebremst, die Schuldenproblematik vergrößert und die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen (insbesondere hinsichtlich der Risikominderung) sichtbar gemacht. Eine grosse Herausforderung für viele afrikanische Länder ist die hohe Staatsverschuldung. Sie verringert den fiskalischen Spielraum für notwendige Investitionen in Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur. Inflationsdruck und Zinserhöhungen in westlichen Staaten haben ihren Teil dazu beigetragen, die Kapitalströme nach Afrika zu verringern. Zudem hat Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine die Ernährungssicherheit auf dem Kontinent verschlimmert und die Abhängigkeit von Getreidelieferungen aus dem Ausland spürbarer gemacht. In der Summe bleibt Afrika besonders anfällig für externe Schocks und ist noch immer zu stark abhängig von den Erträgen des Primärsektors.

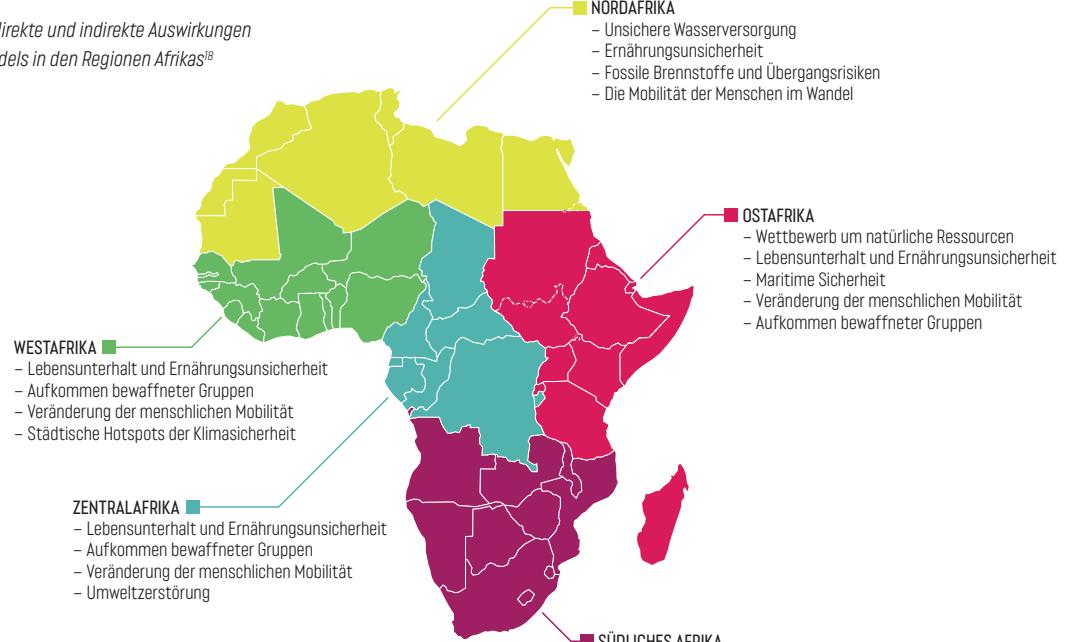
3.2.3 Klimawandel

Afrika ist besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen. Die Klimaerwärmung liegt über dem weltweiten Durchschnitt, was zu häufigeren und intensiveren extremen Wetterereignissen wie Dürren, Hitzephasen und Überschwemmungen führt. Veränderte Niederschlagsmuster verschärfen die Wasserknappheit und verringern die landwirtschaftliche Produktivität. Dies kann Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherheit gefährden.

Der wachsende Wettbewerb um natürliche Ressourcen in bereits fragilen Kontexten stellt eine grosse Herausforderung für die Stabilität, Sicherheit und die Lebensbedingungen der Menschen dar. Zunehmende Knappheit etwa von Wasser- und Weideressourcen verstärkt bestehende Spannungen und entfacht neue Konflikte. Dies führt dazu, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Der Klimawandel wirkt in dieser Hinsicht als Risikomultiplikator, der bestehende politische, soziale, ökonomische und ökologische Stressfaktoren intensiviert.

Das Kongobecken beherbergt nach dem Amazonasgebiet den zweitgrössten tropischen Regenwald der Welt. Dessen Erhaltung ist entscheidend für die Stabilität des globalen Klimas, da die Wälder Kohlenstoff speichern, den Wasseraushalt regulieren, und eine grosse biologische Vielfalt beherbergen. Die Biodiversität im Kongobecken wird in besorgniserregendem Ausmass durch den Klimawandel, Umweltverschmutzung, unkontrollierten Rohstoffabbau und

Abbildung 4: direkte und indirekte Auswirkungen des Klimawandels in den Regionen Afrikas¹⁸



¹⁷ https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?most_recent_value_desc=false

¹⁸ https://adelphi.de/system/files/document/africa_climate_security_risk_assessment_executive_summary.pdf

die Ausdehnung von Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen bedroht. Ohne geeignete Gegenmassnahmen werden sich die Herausforderungen in Zukunft weiter verstärken. Frauen und Gruppen in besonders vulnerablen Situationen, wie Kinder und Jugendliche, sowie Binnenvertriebene und Flüchtende sind davon speziell betroffen.

Die Afrikanische Union (AU) zeigt in ihrem Bericht «African Climate Security Risk Assessment» die Zusammenhänge zwischen Klima, Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent auf. Die Grafik gibt einen Überblick über die wichtigsten Klimasicherheitsrisiken für jede der fünf Regionen.

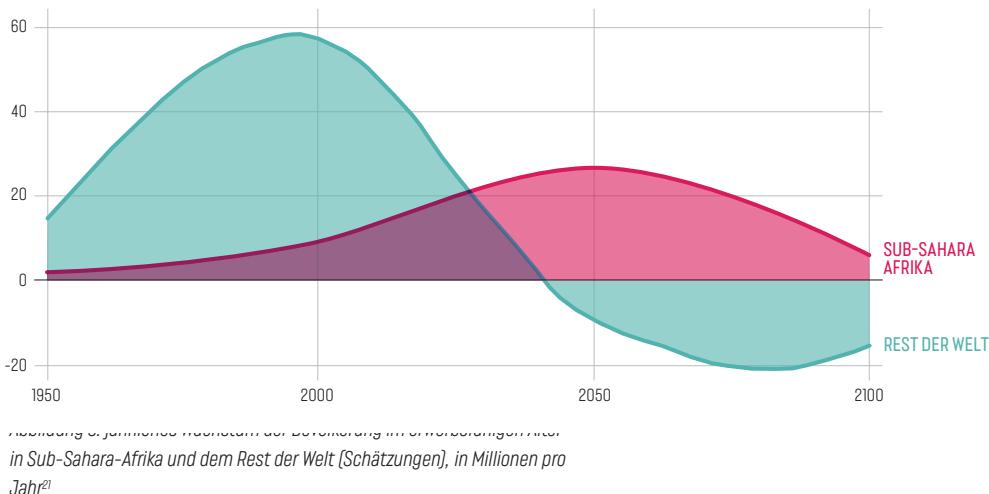
3.2.4 Demografie

Afrikanische Gesellschaften werden jünger, grösser, digitaler und urbaner. Afrika weist das global schnellste Bevölkerungswachstum auf. Nach Angaben der Vereinten Nationen könnte sich die Bevölkerung bis 2050 von über einer Milliarde auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln¹⁹. Historisch gesehen hat sich die Bevölkerung Afrikas seit 1900 verzehnfacht. Dank medizinischen Fortschritten ist die Sterblichkeitsrate gesunken, während die Geburtenraten in weiten Teilen des Kontinents weiterhin hoch bleiben. Es wird erwartet, dass 2050 40% aller Kinder weltweit in Afrika geboren werden. Durch die schnelle Urbanisierung wird ausserdem erwartet, dass bis 2050 950 Millionen Menschen in afrikanischen Städten leben werden²⁰ (heute sind es 550 Millionen). Diese Elemente haben einen Einfluss auf den Wohlstand in Afrika und stellen die Wirtschaft vor Opportunitäten, aber auch vor grosse Herausforderungen.

Der Kontinent verfügt über eine sehr junge Bevölkerung. Eine dynamische Jugend ist ein potenzieller Motor des Wandels. Mit den passenden Rahmenbedingungen kann sie mit dem Eintritt in den Arbeitsmarkt einen wirtschaftlichen Entwicklungsschub auslösen («demografische Dividende²²»). Dies gilt jedoch nur, falls die Geburtenrate mittelfristig zurückgehen sollte, was wiederum mit einem kulturellen Wandel und ausreichenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängt. Gleichzeitig setzen soziale Protestbewegungen der Jugend die bestehenden Machtverhältnisse unter Druck. Die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen erhöht zudem den Migrationsdruck. Es ist deshalb für Afrika und seine Partner entscheidend, Bildung und Beschäftigung vor Ort für junge Menschen zu verbessern.

3.2.5 Migration

Der Klimawandel, die Zunahme von Konflikten und eine prekäre wirtschaftliche Situation in vielen afrikanischen Ländern hatten in den letzten zwei Jahrzehnten eine Zunahme von Migrationsbewegungen zur Folge. Die Datenlage ist nicht immer aktuell und zuverlässig, doch wurden 2020 insgesamt 20,8 Millionen innerafrikanische Migrierende geschätzt, was 52% der gesamten afrikanischen Migration ausmacht. Dem gegenüber stehen geschätzt 19,7 Millionen Migrierenden aus Afrika ausserhalb des Kontinents. Europa war dabei Ziel von 27% der afrikanischen Migrierenden (Asien war als Vergleich Ziel von 12%)²³. Ein grosser Teil der meist jungen Migrantinnen und Migranten sucht primär in urbanen Zentren innerhalb des Kontinents nach Beschäftigungsmöglichkeiten. Die innerafrikanische Migration, oft saisonal, regulär und nicht konfliktbedingt, hat seit 2010



19 <https://www.un.org/en/global-issues/population>

20 https://www.afdb.org/sites/default/files/documents/publications/africa_urbanization_dynamics-economic_power_of_africa_cities-en.pdf

21 UN World Population Projection und IMF staff calculations

22 <https://www.unfpa.org/demographic-dividend#0>

23 <https://publications.iom.int/books/africa-migration-report-second-edition>

stark zugenommen. Afrikanische Länder sind oft gleichzeitig Herkunfts-, Transit- und Zielländer, was sie vor komplexe Herausforderungen stellt. Regionen wie das südliche und westliche Afrika verzeichnen signifikante zirkuläre Migration, insbesondere nach Südafrika, Côte d'Ivoire und Nigeria.

Ein erheblicher Teil migrationswilliger Menschen strebt eine Übersiedlung nach Europa und in die Golfstaaten an. Der Maghreb dient ebenfalls oft als Ziel- und Transitregion für Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Afrika auf ihrem Weg nach Europa. Nicht bewältigte Folgen des Klimawandels führen zu einer Verschlechterung der Lebensgrundlagen, welche die Migrationsdynamik noch zusätzlich verstärken.

Reguläre Migration in und aus Afrika weist zweifellos auch positive Aspekte auf und ist in mancherlei Hinsicht bedeutend für die nachhaltige Entwicklung in den Herkunfts- und Ziel-ländern. Dies gilt beispielsweise für die Diversifizierung des Lebensunterhalts, eine Stabilisierung des Einkommens durch Rücküberweisungen und den Zugang zu Bildung, wo dieser im Herkunftsland fehlt. Wenn reguläre Migrationswege fehlen, wählen die Menschen mitunter die irreguläre Migration. Diese untergräbt die nachhaltige Entwicklung und ist für die Betroffenen mit erheblichen Risiken verbunden. Migrationswillige Menschen setzen sich unter hohen Gefahren Ausbeutung und Gewalt aus.

3.2.6 Demokratie und Gouvernanz

Die letzten vier Jahre waren in der Region von negativen Entwicklungen in Bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geprägt. Die politische Führung in Afrika erlebte eine Reihe verfassungswidriger Machtwechsel, häufig unfaire und intransparente Wahlprozesse sowie mitunter umstrittene Verfassungsänderungen, die den Regierenden zusätzliche Amtszeiten ermöglichten. Autokratische Tendenzen sind global auf dem Vormarsch, auch in Afrika. Diese Veränderungsprozesse führten vielerorts auch zu einer Verschlechterung der Menschenrechtslage und zu politischer Instabilität.

In der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen unterstützte eine von den Eliten in der Sicherheitspolitik enttäuschte Bevölkerung mitunter diese Machtwechsel. Gleichzeitig gab es in einigen Ländern bezüglich Bürgerbeteiligung und der Stärkung demokratischer Institutionen auch positive Entwicklungen. Die Erfolge sind jedoch oft unbeständig und können schnell durch politische, soziale und sicherheitspolitische Spannungen gefährdet werden.

Korruption bleibt für Gouvernanz und Rechtstaatlichkeit in Afrika eine grosse Herausforderung. Sie behindert die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, untergräbt das Vertrauen in öffentliche Institutionen und begünstigt Machtmisbrauch. Ihre Bekämpfung ist daher entscheidend für Verbesserungen bei der verantwortungsvollen Regierungsführung.

Soziale Medien haben die Informationslandschaft in Afrika verändert und spielen eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger. Sie können auch die Verbreitung von Fehlinformationen erleichtern, was den öffentlichen Diskurs negativ beeinflusst und soziale und politische Spaltungen verschärft.

4 Schweizer Interessenlage

Die Grundlage der Schweizer Aussenpolitik sind, auch gegenüber Afrika, die Interessen und Werte, die in der Bundesverfassung verankert sind und in der APS 2024–2027 konkretisiert werden. Die zunehmende Einflussnahme von Gross- und Regionalmächten in Afrika kann auch ein stärkeres Interesse an der Zusammenarbeit mit der eigenständigen Schweiz mit sich bringen, die auf langjährige partnerschaftliche Beziehungen mit der Region zurückblicken kann. Die APS 2024–2027 legt darüber hinaus vier thematische Schwerpunkte fest, an denen sich auch die vorliegende Strategie ausrichtet: Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt sowie Demokratie und Gouvernanz.

4.1 Frieden und Sicherheit

Die Förderung von Frieden und Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent stellt ein wichtiges Interesse der Schweiz im Zusammenhang mit der Wahrung der eigenen Sicherheit dar. In Fortführung ihrer bisherigen Politik spielt die Schweiz als glaubwürdige Vermittlerin eine Rolle bei der Prävention, Bewältigung und Lösung von Gewaltkonflikten. Ihre Aktivitäten umfassen Dialogunterstützung, Mediation und längerfristig ausgerichtete Friedensförderung vor Ort, sowohl mit zivilen als auch militärischen Akteuren. Dazu gehören auch die Prävention von bewaffneten Konflikten, die Aufarbeitung der Vergangenheit sowie die Bekämpfung der Straflosigkeit. Sie unterstützt Programme im Bereich Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie die Stärkung von lokalen Sicherheitskapazitäten (Sicherheitssektor-Reform). Hierzu gehört der lokale Kapazitätsaufbau in diesen Bereichen an regionalen Ausbildungszentren für die Friedensförderung. Auch die Prävention von gewalttätigem Extremismus sowie die Bekämpfung des illegalen Drogen-, Rohstoff-, Menschen- und Waffenhandels sowie der geschlechterbasierten Gewalt sind für unser Land zentral. Dies erfordert starke Partnerschaften.

Die Schweiz setzt in der zivilen Friedensförderung auf ihre ausgewiesenen Vorteile – Unparteilichkeit, langjährige Erfahrung und fachliche Kompetenzen. Sie handhabt ihre Friedenspolitik flexibel, um Optionen im Einklang mit ihren Interessen und Werten zu nutzen. Im Rahmen der Agenda «Frauen, Frieden und Sicherheit» fördert die Schweiz die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Friedens- und Wiederaufbauprozessen. Im Bereich der militärischen Friedensförderung beteiligt sich die Schweiz weiterhin an verschiedenen UNO-Missionen und Institutionen. In Afrika wurden derweil verschiedene Missionen eingestellt oder reduziert. Umso wichtiger werden Präventionsmassnahmen sowie ein regionaler Ansatz.

Die Humanitäre Hilfe stellt einen zentralen und bewährten Pfeiler der Schweizer Aktivitäten in Afrika dar. Das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) verdeutlicht dies durch unparteiische Hilfe für die Opfer von Konflikten und Katastrophen. Die Schweiz setzt sich ferner für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, den Schutz von Menschen in Not und die Schaffung nachhaltiger Lösungen für Vertriebene und Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit den Erstaufnahmeländern ein.

Im Bereich der Migration verfolgt die Schweiz einen partnerschaftlichen Ansatz und sucht nach gemeinsamen Lösungen mit Herkunfts- und Transitländern. Dabei unterstützt sie die Entwicklung lokaler und regionaler Kapazitäten für die menschenrechtsbasierte Steuerung der Migration, die Rückkehr und erfolgreiche Wiedereingliederung, die Verbesserung der Lebensbedingungen sowie den Schutz von Geflüchteten und Migrierenden entlang von Migrationsrouten. Auch bringt sich die Schweiz in der Bekämpfung des Menschenhandels ein. Die multilaterale Zusammenarbeit verstärkt die Wirksamkeit der bilateralen Aktivitäten. Die Schweiz festigt so auch ihre Rolle als einflussreiche Akteurin, nicht zuletzt auch im Kontext des internationalen Genfs.

4.2 Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

Gemessen am gesamten Schweizer Aussenhandel fallen rund 2–3% auf Afrika. Dieser Anteil blieb in den vergangenen Jahren weitgehend beständig. Die wachsende Bevölkerung Afrikas kann mit geeigneten staatlichen Massnahmen und entsprechenden Investitionen mittel- bis langfristig ein anhaltend grosses wirtschaftliches Wachstum erzeugen. Die junge Bevölkerung Afrikas stellt einen bedeutenden Absatzmarkt mit grossem Potenzial dar. Ein Fokus auf nachhaltige Entwicklung und hochwertige Grundversorgung ist entscheidend, um das Potenzial zu entfalten und der wachsenden Bevölkerung Perspektiven zu bieten. Im Rahmen des Wunsches nach erhöhter Widerstandsfähigkeit durch Diversifizierung der Partner verstärken diese Perspektiven ein wachsendes Interesse der Schweizer Unternehmen an Afrika. In der Tat legt die Schweiz einen Fokus auf die Stärkung und Diversifizierung von Liefer- und Wertschöpfungsketten durch den Zugang zu offenen Märkten und die Geltung international vereinbarter Regeln. Zusätzlich fördert die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten Partnerländern bilateral als auch multilateral die Widerstandsfähigkeit und den Wohlstand in Afrika.

Bestimmte afrikanische Märkte sind für die Schweiz besonders relevant, sei es, weil viele Schweizer Firmen dort aktiv sind oder weil eine positive wirtschaftliche Dynamik Schweizer Unternehmen neue Wachstumschancen eröffnet. Die Schaffung eines einheitlichen Marktes, schafft neue Anreize für Unternehmen, lokal zu investieren und von den zukünftigen Vorteilen der Freihandelszone zu profitieren. Letztlich entscheiden gute Rahmenbedingungen über die Attraktivität eines Standortes und neue Investitionen. Freihandelsabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen und Investitionsschutzabkommen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. In für die Schweiz wichtigen Sektoren wie Kaffee und Kakao und Schokolade haben die relevanten Schweizer Akteure der Industrie, der öffentlichen Hand, Nichtregierungsorganisationen und Forschungsinstitute zusammengefunden. Die Mitglieder dieser Plattformen engagieren sich gemeinsam und aktiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern, den Schutz natürlicher Ressourcen und die Förderung der Artenvielfalt in den kakaoproduzierenden Ländern. Mitbestimmung, partnerschaftliche Beteiligung und Transparenz tragen zu nachhaltigen Wertschöpfungsketten bei.

Der afrikanische Kontinent ist zudem reich an Rohstoffen. Rohstoffe dominieren den bilateralen Handel zwischen der Schweiz und Afrika. Als Firmenstandort für Rohstoffunternehmen, Finanzplatz, Handelszentrum sowie Veredlungszentrum für Gold setzt sich die Schweiz für die Einhaltung hoher Standards ein, namentlich bei der Sorgfaltspflicht für Rohstoffe aus Konfliktgebieten und bei Verdacht auf Kinderarbeit, sowie beim Reporting. Die Schweiz fördert die Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechten sowie der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln und die Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Schweizer Privatsektor.

Im Finanzbereich setzt sich die Schweiz für eine Stärkung des internationalen Regelwerks ein, beispielsweise hinsichtlich verbesserter globaler Schuldentransparenz und – im multilateralen Rahmen – der Eindämmung illegaler Finanzflüsse. Durch Rechtshilfe und «Asset Recovery» (Sperrung, Einziehung und Rückführung illegal erworberner Vermögenswerte)²⁴ stärkt die Schweiz das Regelwerk. Ebenso trägt sie mit Freihandelsabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) und Investitionsschutzabkommen zu mehr Rechtssicherheit bei. Die Schweiz beabsichtigt ihr DBA-Netz mit afrikanischen Staaten gezielt und im Licht der wirtschaftlichen Interessenlage weiter auszubauen. 2024 ist ein DBA mit Äthiopien in Kraft getreten. Ein weiteres mit Angola wurde unterzeichnet. Weitere Verhandlungen laufen. Darüber hinaus betreibt die Schweiz eine aktive Wirtschaftsdiplomatie, um die Beziehungen mit ihren afrikanischen Partnern zu stärken.

Die Schweiz verfolgt ferner Interessen in der Wissenschaftsdiplomatie. Mit verschiedenen Ländern Afrikas bestehen wissenschaftliche Kooperationen wie zum Beispiel mittels der bilateralen Kooperationsprogramme des Bundes, über die gemeinsame Mitgliedschaft in der internationalen Forschungsorganisation SKAO oder anderer Instrumente. Die Exzellenz des Schweizer Wissenschafts- und Innovationstardortes und die internationalen Beziehungen der Akteure in Bildung, Forschung und Innovation (BFI) stärken die Position der Schweiz in der globalen Diplomatie und tragen zur Förderung ihrer Interessen bei. Die Schweiz hat ein grosses Interesse an Themen der Digitalisierung und insbesondere an einer auf dem Völkerrecht beruhenden digitalen Gouvernanz unter Beteiligung afrikanischer Länder. Hier nimmt insbesondere das internationale Genf eine zentrale Rolle in der Ausarbeitung internationaler Standards ein.

4.3 Umwelt

Die Abfederung der negativen Folgen des Klimawandels und die Förderung von klimasensitiven Praktiken sind für die Schweiz wichtige Interessen in Afrika. Darunter fallen Wiederaufforstungsinitiativen oder die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Die Erhaltung der Ökosysteme und die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, mit Projekten zum Schutz der Biodiversität und zur Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Methoden, gehören zu den Bemühungen der Schweiz, zusammen mit der Bekämpfung von Wüstenbildung und Bodendegradation. Die Schweiz unterstützt Massnahmen zum Risikomanagement von Naturkatastrophen und zur Förderung erneuerbarer Energien, um die Widerstandsfähigkeit lokaler Gemeinschaften zu stärken.

Die Folgen des Klimawandels sind eng mit Sicherheit, Frieden, und Migration verbunden. Die Einhaltung internationaler Umwelt- und Menschenrechtsstandards ist für die Schweiz ein zentrales Anliegen. Die Schweiz spielt eine aktive Rolle in internationalen Foren zum Umweltschutz und Klimawandel, etwa bei der Unterstützung der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Sie arbeitet an der Umsetzung der Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens und hat bilaterale Abkommen mit mehreren afrikanischen Ländern abgeschlossen, um schädliche Emissionen zu reduzieren. Die Umsetzung dieser Abkommen trägt zur Erfüllung der globalen Klimaziele bei. Die Schweiz fördert den Übergang zu inklusiven, nachhaltigen und widerstandsfähigen Ernährungssystemen sowie Wirtschaftsmodellen. Die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ist entscheidend für den Umweltschutz, die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Stabilität in Afrika.

24 <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/völkerrecht/unrechtmässig-erworbane-gelder.html>

4.4 Demokratie und Gouvernanz

Ein Ziel der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 ist die Stärkung des Schweizer Profils in der Demokratieförderung. Das übergeordnete Ziel ist es hier, demokratische Werte, Prozesse und Institutionen in den afrikanischen Staaten zu stärken und zu schützen, wo diese zwar bestehen, aber gefährdet sind. Daneben kann die Schweiz positive demokratische Entwicklungen partnerschaftlich unterstützen. Dazu nutzt sie bilaterale und multilaterale Dialoge, um den gegenseitigen Austausch zu fördern und Achsen möglicher Zusammenarbeit auszuloten. Die Schweiz verfügt über gute Voraussetzungen, die Demokratieförderung als diplomatisches Instrument auf glaubwürdige und zielgerichtete Art und Weise verstärkt einzusetzen. In ihrer Arbeit lässt sie sich vom Grundsatz leiten, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit miteinander verbunden sind und sich gegenseitig verstärken.

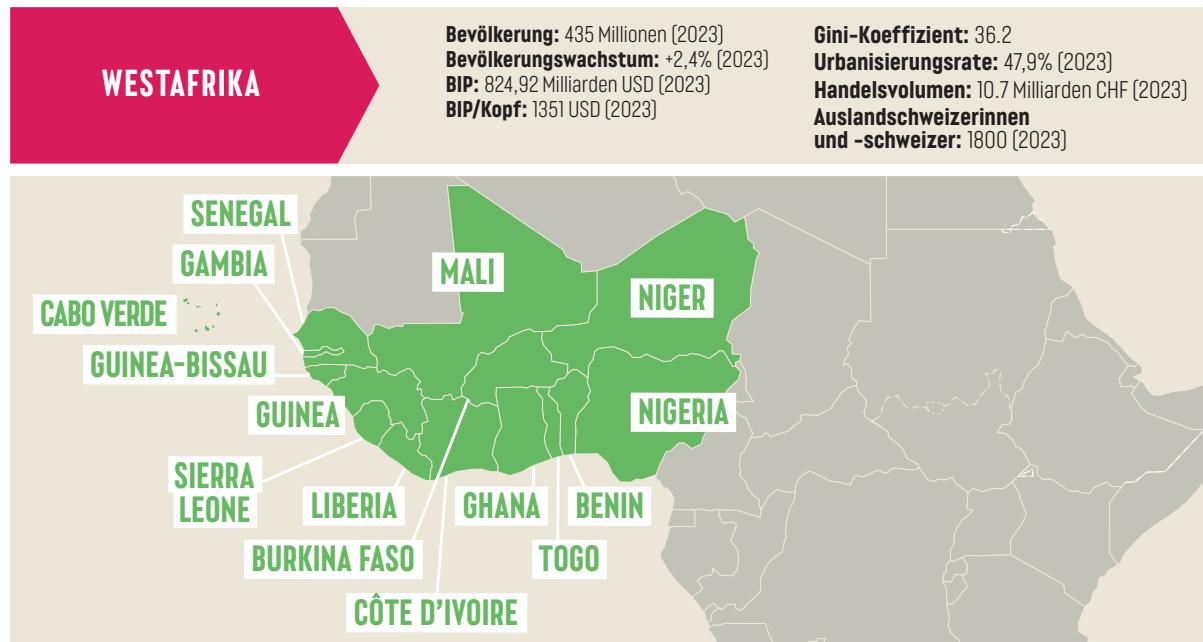
Bei der Stärkung institutioneller und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen setzt die Schweiz einen Fokus auf gute Regierungsführung, welche auf Prinzipien der Transparenz, Verantwortlichkeit, Rechenschaftspflicht und Partizipation basiert. Die Schweiz setzt in den Partnerländern den Fokus auf die lokale Gouvernanz, die Förderung von unabhängigen und objektiven Medien, den Einbezug von Minderheiten, die Teilhabe von Frauen und die transparente Verwendung von Ressourcen. Ferner bildet die Stärkung der Gewaltenteilung sowie der Rechte zivilgesellschaftlicher Akteure ein Interesse der Schweiz.

Der Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte wird weitergeführt. Die vorrangigen Themen sind Meinungsfreiheit, Abschaffung der Todesstrafe, Folterverbot, Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung sowie der Schutz der Rechte von Minderheiten und schutzbedürftigen Gruppen, inkl. Opfern von Menschenhandel.

Ein wichtiger Bestandteil des aussenpolitischen Profils der Schweiz ist die Einhaltung und die Förderung des Völkerrechts. Die Schweiz setzt sich für die Stärkung des internationalen Regelwerks sowie den Respekt des humanitären Völkerrechts ein. Als Vertrags- und Depositarstaat der Genfer Konventionen bringt die Schweiz die Verantwortung mit sich, Konfliktparteien an ihre Verpflichtungen zur Achtung des Völkerrechts zu erinnern.

5 Regionen

5.1 Westafrika



Übersicht und Merkmale der Region:

Westafrika zeichnet sich durch eine grosse kulturelle, sprachliche, ethnische und religiöse Vielfalt aus. Die Region ist reich an natürlichen Ressourcen und die Mehrzahl der insgesamt 15 Staaten weist ein solides Wirtschaftswachstum auf. Es findet nicht zuletzt unter dem freien Personenverkehr der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) eine stark ausgeprägte reguläre Arbeitsmigration innerhalb der Region statt. Westafrika hat ein grosses wirtschaftliches Potenzial. Gleichzeitig bestehen zahlreiche Herausforderungen, die die Entwicklung und Stabilität gefährden. Zu nennen sind hier neben Armut und Ernährungsunsicherheit vor allem bewaffnete Konflikte, grenzüberschreitende Kriminalität, Korruption, hohes Bevölkerungswachstum und unkontrollierte Urbanisierungsdynamiken. Westafrikanische Länder sind zudem stark vom Klimawandel betroffen. Ein bedeutender Teil der Region ist durch (geo-)politische Umwälzungen und ein prekäres sicherheitspolitisches Umfeld gekennzeichnet. Namentlich im Sahel und in der Tschadsee-Region haben die Verschärfung der Sicherheitskrise, der Legitimitätsverlust staatlicher Institutionen und die Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen die politische Fragilität erheblich verschärft. Dies hat humanitäre Konsequenzen, oftmals auch Zwangsvertreibungen und Flucht, zur Folge.

Als Reaktion auf die Sicherheitskrise wurden mehrere regionale und internationale zivile und militärische Initiativen ins Leben gerufen. Die Neuausrichtung der politischen und militärischen Partnerschaften, der Rückzug der UNO-Mission in Mali (MINUSMA²⁵) sowie die Gründung der Allianz der Sahelstaaten (AES²⁶) durch Mali, Burkina Faso und Niger hat die Sicherheitsarchitektur der Region grundlegend verändert. Die ECOWAS ist um friedliche Konfliktlösungsmechanismen bemüht und trägt zur regionalen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten bei. Das Staatenbündnis hat in den letzten Jahren allerdings eine Schwächung erfahren, die aus der Sicht vieler Staaten der Region mit Einbussen an Glaubwürdigkeit einhergeht.

Die Schweiz in Westafrika

Die Interessen der Schweiz in Westafrika sind vielfältig und eng mit der geografischen Nähe zu Europa verbunden. Die prekäre Sicherheitslage und der gewalttätige Extremismus im Sahel stellen auch für Europa ein Risiko dar. Die Schweiz geniesst in der Region eine hohe Glaubwürdigkeit. Seit über 50 Jahren setzt sie sich für die Entwicklung, Stabilität und

25 United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali

26 Alliance des États du Sahel

Sicherheit ein und wird als eigenständiger und zuverlässiger Partner geschätzt. Der Einsatz einer Sonderbotschafterin hat die Beziehungen zusätzlich gestärkt.

Die Schweiz ist mit Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Friedensförderung aktiv. In vier Schwerpunktländern (Niger, Mali, Burkina Faso, Benin) setzt die Schweiz Kooperationsprogramme um. Sie verbindet die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung der Länder mit der Bereitstellung humanitärer Hilfe. Auf regionaler Ebene unterhält sie Kooperationsaktivitäten, um flexibler zu agieren und die Küstenstaaten Westafrikas besser zu unterstützen. Die Programme ermöglichen es, grenzüberschreitende Herausforderungen anzugehen. Durch lokale und internationale Partnerschaften lassen sich die nachhaltige Entwicklung und regionale Sicherheit fördern. Aktiv ist die Schweiz auch im Umgang mit der regulären und irregulären Migration. Dazu hat die Schweiz in den letzten vier Jahren die bilaterale Migrationszusammenarbeit nach dem Abschluss von vier Migrationsabkommen, insbesondere im Bereich Rückführung,

verstärkt. Sie beteiligt sich zudem am lokalen Kapazitätsaufbau in den Bereichen Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie an Sicherheitsreformen an regionalen Ausbildungszentren für die Friedensförderung.

Einige Länder in Westafrika, bieten aufgrund ihrer Marktgroßes (Nigeria), ihrer politischen Stabilität und ihrer Wirtschaftspolitik (Côte d'Ivoire) oder der bereits bestehenden starken Wirtschaftsbeziehungen (Ghana) ein wirtschaftliches Potenzial für die Schweiz. Diese Faktoren begünstigen nicht nur den bilateralen Handel, sondern fördern auch gegenseitige Investitionen und eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Schweiz hat in den letzten vier Jahren in Westafrika bilaterale Vereinbarungen über Emissionsverminderungen und die Speicherung von CO₂ im Ausland abgeschlossen. In Bezug auf die Umsetzung hat die Schweiz weltweit Pionierarbeit geleistet.

Ziele und Massnahmen:

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz agiert als Vermittlerin bei der Prävention, Bewältigung und Lösung von Gewaltkonflikten.**
 - a. Förderung, Unterstützung oder Leitung von Mediationsprozessen.
 - b. Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung vor gewalttätigem Extremismus.
 - c. Evaluation und Unterstützung beim Aufbau lokaler Kapazitäten für Friedensförderung durch zivile und militärische Experten²⁷.
- 2. Die Schweiz intensiviert den partnerschaftlichen Austausch zu Migration mit Westafrika.**
 - a. Fortführung der bestehenden bilateralen Migrationsdialoge mit vier Staaten.
 - b. Stärkung der Zusammenarbeit mit mindestens zwei zusätzlichen Staaten.
 - c. Implementierung von Programmen zum Schutz von Migranten und zum Kapazitätsaufbau im Bereich Migration, insbesondere mit Nigeria.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 3. Die Schweiz fördert die nachhaltige Entwicklung in einzelnen Ländern Westafrikas.**
 - a. Verbesserung des Zugangs zu und der Qualität von Basisdienstleistungen mit einem Schwerpunkt auf Grundbildung und finanzieller Inklusion.
 - b. Verbesserung dieses Zugangs auch in Krisensituationen
 - c. Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung
- 4. Die Schweiz setzt sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in und mit westafrikanischen Ländern ein. Dies mit dem Ziel einer geografischen Diversifizierung des Außenhandels und der Erschließung neuer Märkte.**
 - a. Unterstützung der Diversifizierungsanstrengungen westafrikanischer Volkswirtschaften bezüglich Außenhandels und Erschließung neuer Märkte.
 - b. Die Schweiz bewertet den Stand ihrer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit den dynamischen Volkswirtschaften der Region im Rahmen ihres Ziels, ihre Wirtschaftspartner zu diversifizieren.
 - c. Pflege hochrangiger Kontakte mit wirtschaftlich vielversprechenden Partnerländern Westafrikas.
- 5. Die Schweiz schafft optimale Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen unter Einhaltung der Grundprinzipien der Schweizer BFI-Politik, mit den vorhandenen Instrumenten und unter Einbezug der Akteurinnen und Akteure.**

27 Wie z.B. Kurse des «Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre» in Accra, bzw. der «Alioune Blondin BEYE Peacekeeping School» in Bamako.

Umwelt

6. Die Schweiz unterstützt gezielt westafrikanische Staaten bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels.

- a.** Umsetzung bilateraler Abkommen unter Art. 6 des Pariser Übereinkommens.
 - b.** Berücksichtigung und Prävention der klimawandelbedingten Sicherheitsrisiken.
 - c.** Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen mit Fokus auf Ernährungssicherheit und besseren Zugangs zu Wasser.
-

Demokratie und Gouvernanz

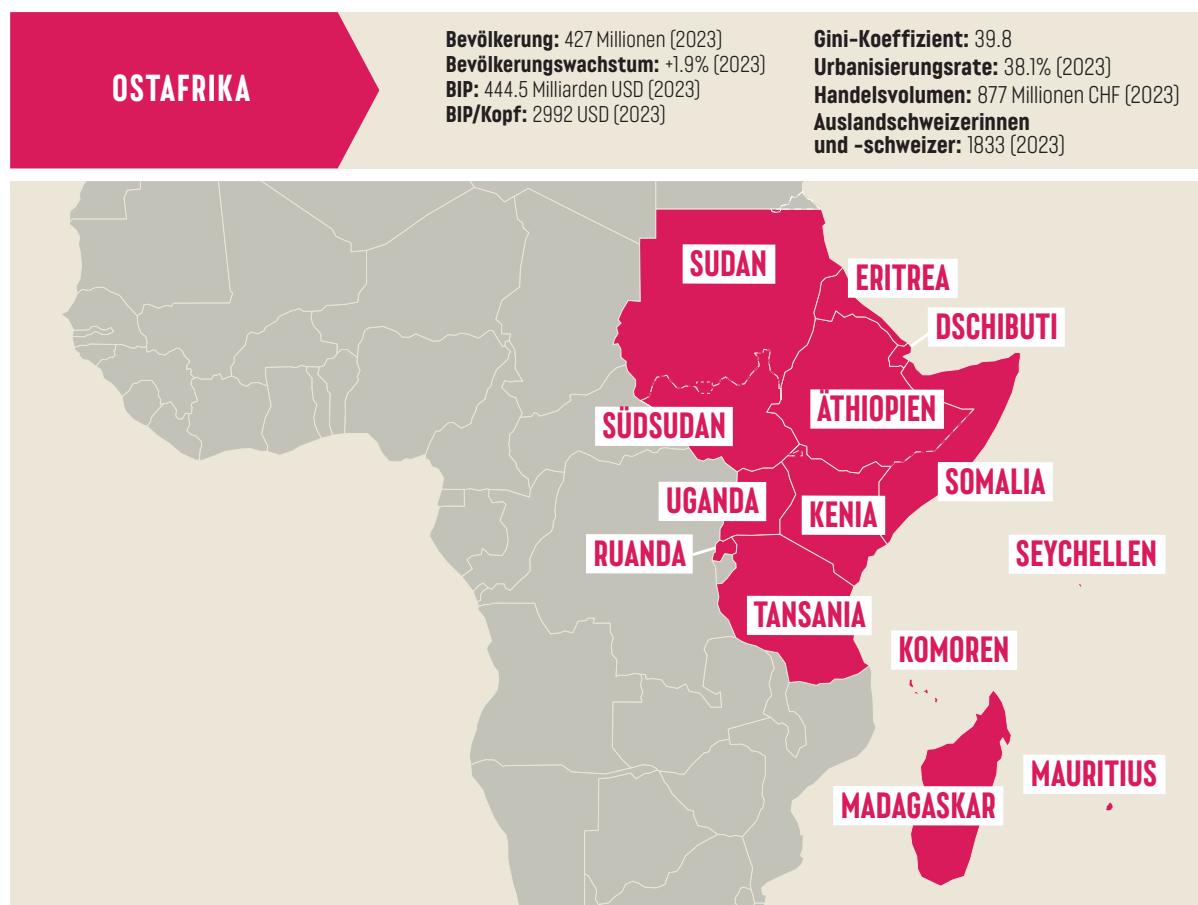
7. Die Schweiz stärkt demokratische Institutionen und Prozesse und bekämpft die Korruption in Westafrika.

- a.** Förderung einer leistungsfähigen, transparenten und rechenschaftspflichtigen öffentlichen Verwaltung, insbesondere auf dezentraler Ebene.
 - b.** Unterstützung von Medien und Zivilgesellschaft in der freien Ausübung ihrer Tätigkeiten.
 - c.** Einbezug einiger Länder in spezifische Dialogforen.
-

8. Die Schweiz fördert gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit.

- a.** Führung eines Menschenrechtsdialogs mit Nigeria, inklusive im Bereich des Menschenhandels.
- b.** Entsendung von zivilen Expertinnen und Experten sowie Polizistinnen und Polizisten zu internationalen und regionalen Organisationen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit
- c.** Unterstützung von Frauenrechtsorganisationen.

5.2 Ostafrika



Übersicht und Merkmale der Region

Aufgrund von Konflikten sind viele Staaten der Region in einer anhaltenden Krise. Hinzu gesellt sich ein hohes Bevölkerungswachstum. Konflikte im Horn von Afrika haben die Tendenz, lange anzudauern. Sie verursachen massive interne und regionale Vertreibungen und grosse humanitäre Bedürfnisse.

Ein Grossteil der Länder Ostafrikas befinden sich in einem politischen und wirtschaftlichen Transitionsprozess. Dies bietet einerseits Potenzial für eine langfristige bessere Zukunft der Menschen, kann existierende Spannungen und Verteilungskämpfe andererseits aber auch weiter erhöhen. Um die regionale Vielfalt der Region als Vorteil zu nutzen, bedarf es der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und einem geeigneten Umgang mit den tief verwurzelten ethnischen Konflikten. Die Region ist in einer geostrategisch wichtigen Lage, insbesondere mit Blick auf das Rote Meer. Dies führt zu einer beträchtlichen Einflussnahme überregionaler Akteure und einflussreicher Nachbarstaaten.

Die Region verfügt über fruchtbare Landmassen und reiche natürliche Ressourcen. Dürren und Überschwemmungen sind jedoch häufig, was grosse Auswirkungen auf die Erträge der Landwirtschaft hat und zu Nahrungsmittelknappheit führt.

In einigen Teilen der Region birgt die zunehmende Konkurrenz um begrenzte Ressourcen wie Wasser und fruchtbare Land ein erhöhtes Konfliktpotential, während andere Staaten durch einen nachhaltigeren Umgang mit der Umwelt besser auf klimatische Veränderungen vorbereitet sind.

Die Schweiz in Ostafrika

Die strategischen Interessen der Schweiz in Ostafrika sind vielfältig. Insbesondere die Migration aus und durch die Region betrifft die Schweiz unmittelbar. Für die Schweiz bieten sich in Ostafrika Opportunitäten für die wirtschaftliche geographische Diversifizierung, sowie die Erschliessung neuer Märkte.

Mit einem dichten Vertretungsnetz und einem eigens für das Horn von Afrika ernannten Sonderbotschafter verfügt die Schweiz über ein etabliertes Profil vor Ort. Sie bietet sich als Brückenbauerin an und steht für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und Rechtsstaatlichkeit ein. Sie legt die Grundlagen für eine konstruktive Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration. Diese Ursachen mindert die Schweiz nicht zuletzt auch mit ihrem Einsatz für die Milderung der Auswirkungen des Klimawandels in der Region.

Die Schweiz gestaltet ihre Friedenspolitik weiterhin flexibel, um Chancen zu nutzen. Die regionale Perspektive wird dank der Entsendung des Sonderbotschafters gestärkt. Mit der Entwicklungszusammenarbeit setzt sie sich für die

Grundbedürfnisse der Bevölkerung im Bereich der Gesundheit und bei der Berufsbildung ein. Zudem zielt sie auf den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und unterstützt die Schweizer Unternehmen vor Ort.

Ziele und Massnahmen:

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz bleibt in Ostafrika eine geschätzte Vermittlerin bei Gewaltkonflikten, mit Fokus auf den Sudan und flexibler Ausrichtung ihrer Friedenspolitik.**
 - a. Unterstützung des Friedensprozesses im Sudan.
 - b. Förderung lokaler Kapazitäten für Friedensarbeit durch zivile und militärische Expertise sowie Schulungen.²⁸
 - c. Nutzung des politischen Profils der neuen Botschaft in Kigali zur Unterstützung der Friedensarbeit, insbesondere mit Blick auf Zentralafrika.
- 2. Die Schweiz strebt eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Ostafrikas im Migrationsbereich an und übernimmt eine aktive Rolle in regionalen Dialogen.**
 - a. Unterstützung lokaler und regionaler Behörden bei der Steuerung der Migration, einschliesslich Arbeitsmigration.
 - b. Förderung des Zugangs zu wirtschaftlichen Perspektiven und Beschäftigungsmöglichkeiten für Migranten und Zwangsvertriebene.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 3. Die Schweiz verbessert gezielt die Rahmenbedingungen für den lokalen Privatsektor in ausgewählten Ländern.**
 - a. Unterstützung bei der Diversifizierung des Aussenhandels und der Erschliessung neuer Märkte.
 - b. Verbesserung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen Basisdienstleistungen.
- 4. Die Schweiz stärkt die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit ostafrikanischen Ländern, um den Aussenhandel geografisch zu diversifizieren und neue Märkte zu erschliessen.**
 - a. Bewertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dynamischen Volkswirtschaften der Region.
 - b. Diversifizierung der Wirtschaftspartner und Pflege hochrangiger Kontakte mit vielversprechenden Partnerländern.
- 5. Die Schweiz verbessert die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen unter Einhaltung der Grundprinzipien der Schweizer BFI-Politik, mit den vorhandenen Instrumenten und unter Einbezug der Akteurinnen und Akteure.**

Umwelt

- 6. Die Schweiz unterstützt gezielt ostafrikanische Staaten bei der Bewältigung der Klimawandelfolgen.**
 - a. Umsetzung bilateraler Abkommen unter Art. 6 des Pariser Übereinkommens.
 - b. Prävention der klimawandelbedingten Sicherheitsrisiken.
 - c. Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen mit Fokus auf Ernährungssicherheit und verbessertem Zugang zu sauberem Wasser.

Demokratie und Gouvernanz

- 7. Die Schweiz stärkt die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit.**
 - a. Förderung des Kapazitätsaufbaus lokaler Behörden zur Sicherstellung grundlegender Dienstleistungen.
 - b. Stabilisierung fragiler Kontexte durch Stärkung demokratischer Rechenschaftspflichtmechanismen auf zentraler und lokaler Ebene.

²⁸ Zum Beispiel: «International Peace Support Training Centre» in Nairobi bzw. Evaluation möglicher Unterstützung beim Aufbau lokaler Kapazitäten durch Experten, z.B. der «Rwanda Peace Academy» in Kigali.

5.3 Zentralafrika



Übersicht und Merkmale der Region

Zentralafrika ist eine Region, die von anhaltenden inner- und zwischenstaatlichen Konflikten geprägt ist, welche ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung hemmen. Der Kampf um natürliche Ressourcen und die schwache Regierungsführung einiger Länder führt zu einem Klima der Unsicherheit. Insbesondere die Krisensituation im Ostkongo bleibt angespannt. Bereits heute fordert der Konflikt viele Todesopfer.

Wirtschaftlich gesehen hat die Region in den vergangenen Jahren zwar ein bemerkenswertes durchschnittliches Wachstum verzeichnet. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt allerdings fragil und hängt mehrheitlich von der Entwicklung der Rohstoffpreise ab. Die Region gehört hinsichtlich strategischer Ressourcen wie seltenen Erden und Kobalt zu den reichsten der Welt. Die Effekte des Wachstums auf die Bevölkerung sind jedoch begrenzt. Zahlreiche Ungleichheiten bestehen fort und die Infrastruktur ist bis anhin unterentwickelt. Ein hohes Mass an Korruption behindert eine nachhaltige Entwicklung zusätzlich.

Darüber hinaus sind auch die zentralafrikanischen Staaten anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels wie unregelmäßige Niederschläge, massive Überschwemmungen und stark ansteigende Temperaturen. Extreme Wetterereignisse verschärfen Ernährungskrisen und Vertreibungen. Das Kongobecken mit seinen grossen Waldflächen und Gewässern spielt eine wichtige Rolle für die Biodiversität und Stabilität des globalen Klimas und wirkt sich mässigend auf die

Region aus. Das Potenzial für grünes Wirtschaftswachstum ist in Zentralafrika vorhanden, wird aber aufgrund fehlender Finanzierung und Innovation bislang kaum ausgeschöpft.

Die Schweiz in Zentralafrika

Die Friedensförderung ist eine der Prioritäten der Schweiz in Zentralafrika, insbesondere in der Region der Grossen Seen. Dank ihrer Unparteilichkeit und ihrer Expertise in der Mediation kann die Schweiz eine Schlüsselrolle bei der Lösung von Konflikten spielen. Durch die aktive Unterstützung von Dialoginitiativen zielt die Schweiz mit ihren Aktivitäten darauf ab, die Resilienz lokaler Gemeinschaften zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Durch die Aufwertung des Kooperationsbüros in Kigali²⁹, soll unter anderem das politische Profil der Schweiz bei der Friedenförderung in der Region der Grossen Seen gestärkt werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe sind etablierte Pfeiler der Schweizer Wirkung in Zentralafrika. Angesichts wiederkehrender Krisen nimmt sich die Schweiz den Bedürfnissen der Bevölkerung über die Umsetzung von Projekten in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Schutz der Zivilbevölkerung sowie in der Bürgerbeteiligung an.

²⁹ Ruanda fällt in dieser Strategie unter die Region Ostafrika, spielt jedoch im Hinblick auf die Konflikte in der Region der Grossen Seen eine wichtige Rolle.

Die Schweiz begleitet die verantwortungsvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen, die nicht zuletzt für den Kampf gegen den Klimawandel entscheidend sind. Viele Rohstoffe, die für die Energiewende benötigt werden, stammen aus Zentralafrika, insbesondere der Demokratischen Republik Kongo. Die Schweiz setzt sich gemeinsam mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft dafür ein, dass diese verantwortungsvoll abgebaut werden und zum Wohlstand der Bevölkerung beitragen. Dabei unterstützt sie die Umsetzung der freiwilligen Grundsätze zur Sicherheit und Menschenrechten.³⁰

Die enge Verknüpfung der Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe erlaubt eine flexible und anpassungsfähige Antwort auf die komplexen und sich verändernden Bedürfnisse der Region. Demokratische Institutionen werden über Programme der Schweiz gestärkt, der Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen verbessert sowie die Ernährungssicherheit und integrative Markt- systeme gefördert.

30 [United Nations Global Compact](#)

Ziele und Massnahmen:

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz setzt gezielt friedenspolitische Instrumente ein, um Gewaltkonflikte zu verhindern, zu bewältigen und zu lösen.**
 - a. Initiierung und Begleitung mindestens eines regionalen Mediationsprozesses.
 - b. Unterstützung mindestens eines nationalen oder innerregionalen Friedensprozesses.
 - c. Entsendung von zivilen Experten und Polizisten für Organisationen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung.

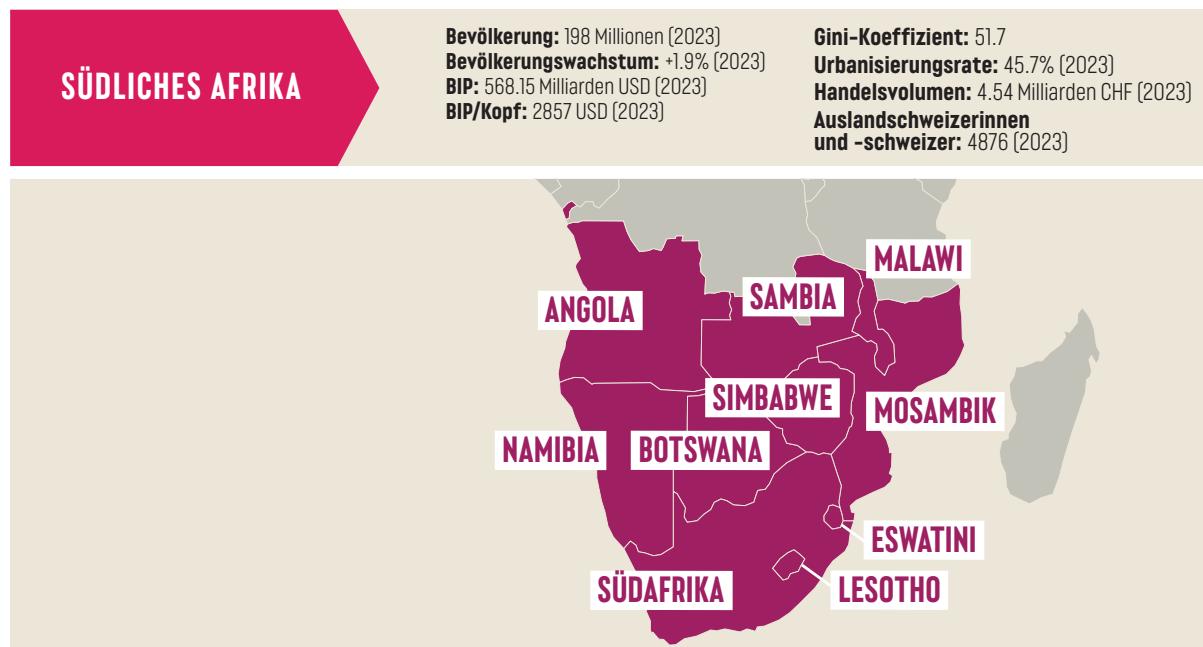
Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 2. Die Schweiz unterstützt besonders verletzte Bevölkerungsgruppen.**
 - a. Schaffung neuer und qualitativ besserer Arbeitsplätze sowie erleichterter Zugang zu Dienstleistungen und Finanzprodukten.
 - b. Verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu sanitären Einrichtungen.
 - c. Förderung der Umsetzung der UNO-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechten sowie der OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln und Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Schweizer Privatsektor.

Demokratie und Gouvernanz

- 3. Die Schweiz stärkt die Partizipation und Leistungsfähigkeit der Behörden bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.**
 - a. Stärkung demokratischer Mechanismen zur Rechenschaftspflicht auf zentraler und lokaler Ebene.
 - b. Aufbau von Kapazitäten lokaler Behörden bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen.
- 4. Durch die Implementierung von Programmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Straflosigkeit, legt die Schweiz ihren Schwerpunkt auf den Einsatz für Menschenrechte im Zusammenhang mit Gleichstellungsfragen.**

5.4 Südliches Afrika



Übersicht und Merkmale der Region

Die Region des südlichen Afrikas zeigt sich vergleichsweise stabil. Viele Staaten sehen sich allerdings grossen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen gegenübergestellt. Zudem zeigen sich überregionale Vernetzungen in der Sicherheitspolitik, insbesondere mit Blick auf Zentralafrika.

Es bestehen grosse wirtschaftliche Unterschiede, sowohl zwischen den Staaten, aber auch innerhalb der Gesellschaften. Weite Teile der Region leiden unter andauernden Energiekrisen, mangelhafter Infrastruktur, schwachen Institutionen, unzureichender Rechtsstaatlichkeit und teilweise prekärer Grundversorgung. Grosse Vorkommen an Bodenschätzen bergen wirtschaftliches Potential, führen aber auch zu Risiken für Umwelt und Gesellschaft. Zentrale Wirtschafts- und Innovationskraft in der Region ist Südafrika. Das Land verfügt über eine entwickelte Infrastruktur, die den Industrie- und Technologiesektor unterstützt und historisch gesehen ausländische Investitionen anzieht. Darüber hinaus ist es aufgrund seiner strategischen geografischen Lage ein wichtiger Handelsknotenpunkt für den Kontinent.

Auch in der Demokratisierung bestehen grosse Unterschiede innerhalb des südlichen Afrikas. Stabile Demokratien grenzen an Staaten mit grossen Demokratiedefiziten. Viele Länder der Region kämpfen mit verbreiteter Korruption. Die Auswirkungen des Klimawandels sind im südlichen Afrika erheblich. Sie bedrohen die menschliche Sicherheit und stellen frühere Erfolge in der Armutsbekämpfung in Frage.

Die Schweiz im südlichen Afrika

Das Engagement der Schweiz im südlichen Afrika ist so vielfältig wie die Region selbst. In Südafrika liegt das Augenmerk einerseits auf der Wissenschaftskooperation und andererseits auf der Aussenwirtschaftspolitik. Die Schweiz ist mit einem Swiss Business Hub vertreten und betreibt zudem auch wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit. Zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts im südlichen Afrika setzt sich die Schweiz zudem für die Rechtssstaatlichkeit ein. Hier sind die Bemühungen in der Rechtshilfe und im Bereich «Asset Recovery»³¹ hervorzuheben. In Bezug auf Sambia und Simbabwe sowie Mosambik bedeutet dies in erster Linie die Stärkung der Grundversorgung, die Schaffung von Arbeitsplätzen oder die Förderung zivilgesellschaftlicher Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen.

Die Schweiz setzt sich für die Stabilität des südlichen Afrikas ein. Die langjährigen Beziehungen zur Region ermöglichen es der Schweiz, neben der Förderung der Grundversorgung auch Ansätze zur Diversifizierung der Schweizer Aussenwirtschaft zu entwickeln. Dabei legt die Schweiz grossen Wert auf nachhaltige, völkerrechts- und menschenrechtskonforme Tätigkeiten auch von Unternehmen, insbesondere im Rohstoffbereich. Im Zusammenhang mit dem Potential der Region hinsichtlich natürlicher Ressourcen für erneuerbare Energien bietet die Region Chancen für neue Kooperationsformen. Um die Zusammenarbeit auf soliden Pfeilern aufzubauen, hat die Schweiz ein Interesse an einer funktionierenden Gouvernanz

³¹ Das Auffinden und die Rückschaffung von Vermögenswerten im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungen und Rechtshilfeverfahren.

sowie an systematischer Prävention und Bekämpfung der Korruption. Im Bereich der Friedenspolitik liegt es im Schweizer Interesse an vergangene Erfolge anzuknüpfen und diese wo möglich auszubauen.

Ziele und Massnahmen:

Frieden und Sicherheit

1. Die Schweiz fördert Friedensinitiativen durch Dialoge und den Ausbau von Kapazitäten zur Friedensvermittlung.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

2. Die Schweiz strebt bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Südafrika und dem südlichen Afrika an.
 - a. Bewertung der Wirtschaftslage zur Diversifikation von Wirtschaftspartnern.
 - b. Verbesserung der Bedingungen für den lokalen Privatsektor.
 - c. Erleichterung des Zugangs zu regionalen und internationalen Märkten.
3. Die Schweiz fördert menschliche Entwicklung und Grundversorgung: Hilfe in Notsituationen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Zugang zu Dienstleistungen und Finanzprodukten.
4. Die Schweiz schafft optimale Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen im Einklang mit der BFI-Politik, unter Nutzung bestehender Instrumente und Einbindung relevanter Akteure (etwa zur Unterstützung der wissenschaftlichen Inbetriebnahme von SKAO als Mitgliedstaat).

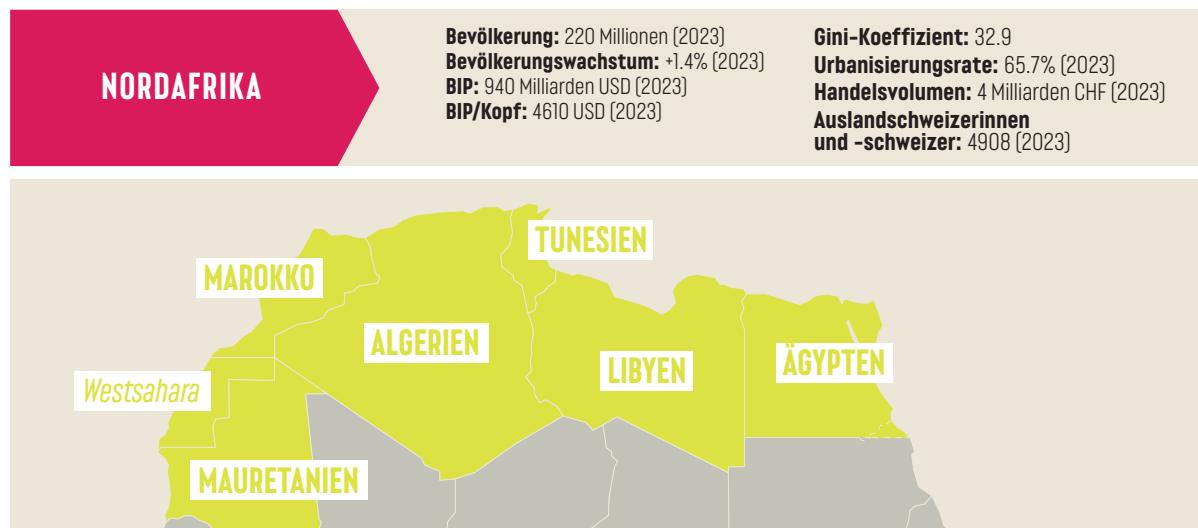
Umwelt

5. Die Schweiz unterstützt nationale und lokale Massnahmen zur Reduktion von Katastrophenrisiken im Zuge des Klimawandels (wie zum Beispiel bilaterale Abkommen gemäss Art. 6 des Pariser Übereinkommens, um den Klimawandel zu bekämpfen).

Demokratie und Gouvernanz

6. Die Schweiz stärkt die Demokratie und fördert die Menschenrechte.
 - a. Einbezug einiger Länder der Region in Dialogforen zur Demokratie.
 - b. Bilateraler Menschenrechtsdialog mit Südafrika und begleitende Projekte.
 - c. Entsendung von zivilen Experten zu internationalen und regionalen Organisationen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit.
 - d. Unterstützung von Programmen zur Reduktion von Gewalt und zum Schutz vulnerabler Personen.

5.5 Nordafrika



Nordafrika und Subsahara-Afrika sind historisch, kulturell und wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Nordafrika ist jedoch kulturell und politisch auch eng mit der MENA-Region verbunden, weshalb die MENA Strategie 2021–2024 sowie die nachfolgende MENA Strategie des Bundesrats die Ziele und Massnahmen für diese Region konkretisiert. Im Folgenden wird auf die Beziehungen zwischen Nordafrika und Subsahara-Afrika eingegangen.

Ökologische Herausforderungen wie Wüstenbildung, Dürren und die damit verbundene Ernährungsunsicherheit in der Sahelzone erfordern koordinierte Massnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Förderung nachhaltiger Entwicklung. Der Klimawandel verschärft die Anfälligkeiten in Nordafrika und führt zu Wasserstress, der die Menschen belastet.

Übersicht und Merkmale der Region:

Historisch gesehen spielten die Transsahara-Handelsrouten eine Schlüsselrolle bei der Verbindung der Küsten des Mittelmeerraums mit den Zivilisationen Westafrikas und erleichterten den Austausch von Waren, Ideen und Kultur. Dieses Erbe hat bleibende Spuren hinterlassen wodurch namentlich zwischen der Sahelzone und den nordafrikanischen Gebieten enge Bindungen entstanden sind.

In wirtschaftlicher Hinsicht übernehmen die nordafrikanischen Staaten für Subsahara-Afrika eine Brückenfunktion zu Europa und dem Nahen Osten. Überstaatliche Initiativen wie die Afrikanische Union und die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone fördern die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den innerafrikanischen Handel. Nordafrikanische Länder betonen ihr Potenzial als Tor nach Afrika für europäische Märkte und ihre strategische Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Kontinents. Auf anderen Gebieten überschreiten die gemeinsamen Herausforderungen die regionalen Grenzen ebenfalls. Dies gilt gleichermaßen für die Bekämpfung des Terrorismus und des Menschenhandels oder für die Migration. Extremistische Gruppen operieren in der Sahelzone und stellen sowohl für Nord- als auch Subsahara-Afrika eine Gefahr dar. Staaten wie Algerien, Ägypten und Marokko beeinflussen ebenfalls die regionale Dynamik in Afrika.

Die Schweiz in Nordafrika:

Die Interessen und der Mehrwert der Schweiz beinhaltet auch in der Region Nordafrika das Thema Frieden und Sicherheit, insbesondere im Zusammenhang mit der angrenzenden Sahelregion. Die Schweiz leistet einen Beitrag zur Friedensförderung und Konfliktprävention, aber auch zum Schutz der Grundrechte, zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und zur Rechtsstaatlichkeit. Aufgrund ihrer geografischen Lage südlich des Mittelmeers sind die nordafrikanischen Staaten prioritäre Partner für die Schweizer Migrationsaussenpolitik, weshalb in diesem Bereich enge Beziehungen gepflegt werden und sich die Schweiz umfassend vor Ort engagiert, auch zum Schutz von Migrantinnen und Migranten.

Insbesondere ihr humanitäres Engagement in Libyen und Ägypten trägt zur regionalen Stabilität bei. Im Bereich Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit hat die Schweiz auch gewichtige Interessen. Sie baut die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ausgewählten Staaten stetig aus.

Viele Schweizer Unternehmen, die ihre Aktivitäten mit dem Subkontinent ausbauen möchten, sind in Nordafrika präsent. Marokko und Ägypten bieten aufgrund ihrer eigenen Marktgrosses, politischen Stabilität und wirtschaftlichem Diversifizierungsniveau wichtige Chancen für Schweizer Unternehmen. Die bilateralen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind auch mit Ägypten, Marokko oder Tunesien solid und bieten Anreize für eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen.

Im Folgenden werden allgemeine Ziele für die Region Nordafrika formuliert, deren spezifische Messung und Überprüfung auf Länderebene im Rahmen der MENA-Strategie erfolgt.

Ziele und Massnahmen:

Frieden und Sicherheit

1. Die Schweiz fördert Friedensinitiativen und den Dialog zwischen regionalen Akteuren für politische Konfliktlösungen.
2. Die Schweiz unterstützt multilaterale Friedensprozesse, insbesondere jene der UNO.

Schutz von Menschen in Notsituationen

3. Die Schweiz fördert geordnete Migrationsgouvernanz und den Schutz von Migranten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.
4. Die Schweiz stärkt die durch die reguläre (auch zirkuläre) Migration eröffneten Perspektiven.
5. Die Schweiz setzt ihre humanitäre Unterstützung in relevanten Kontexten fort.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

6. Die Schweiz fördert inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Nordafrika und unterstützt Reformen für solide makroökonomische Gouvernanz.
7. Die Schweiz stärkt die wirtschaftliche Vernetzung mit Nordafrika.
8. Die Schweiz unterstützt Regierungen und Unternehmen in Ägypten, Marokko und Tunesien bei verantwortungsvollem Unternehmertum.
9. Die Schweiz schafft Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen im Einklang mit der BFI-Politik.

Umwelt, Klima und Energie

10. Die Schweiz unterstützt alle Bemühungen (Stadtplanung, grüne Fonds, Wasser- und Abfallmanagement) zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels.
11. Die Schweiz fördert die Umsetzung der bestehenden bilateralen Abkommen im Bereich des Klimaschutzes.

Regierungsführung und Menschenrechte sowie Korruptionsbekämpfung

12. Die Schweiz fördert politische Partizipation und stärkt die Grundlagen für integrative wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

5.6 Multilateralismus

Übersicht und Merkmale

In Zukunft werden vermehrt afrikanische Institutionen, allen voran die Afrikanische Union (AU) und ihre spezialisierten Agenturen, aber auch kontinentale Finanzinstitute in der Entwicklung Afrikas wichtiger werden. Internationale Organisationen wie die verschiedenen UNO-Agenturen, die Weltbank und der internationale Währungsfonds (IWF) werden trotzdem auch in den kommenden Jahren nach wie vor eine zentrale Rolle spielen in Afrika.

Das Ziel der Afrikanischen Union ist es, gemäss ihrer Agenda 2063, ein integriertes, wohlhabendes und friedliches Afrika zu schaffen³². In den letzten Jahren hat die AU neue Initiativen ins Leben gerufen, die auf eine intensivierte Koordination beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft, Klima oder humanitäre Angelegenheiten abzielen.

Die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA), die sich auf die Prävention, das Management und die Lösung von Krisen und Konflikten sowie den Wiederaufbau nach Konflikten konzentriert, ist ein zentraler Pfeiler der AU. Gekoppelt mit der afrikanischen Gouvernanz-Architektur ist die APSA wegweisend für die Entwicklung des Kontinents. In den vergangenen Jahren konnte eine Regionalisierung des Umgangs mit Konflikten beobachtet werden. Dies zeigt sich durch die Schwächung und Aufhebung von UNO-Sanktionsregimen sowie der Beendigung verschiedener langjähriger UNO-Friedensmissionen. Dem Friedens- und Sicherheitsrat der AU (PSC) wird nicht zuletzt aufgrund dieser Regionalisierung eine zunehmend wichtige Rolle zukommen. Die enge Koordination mit dem UNO-Sicherheitsrat (UNSR) wird ebenso wichtig bleiben wie auch die Koordination mit den afrikanischen Mitgliedern des UNSR, um gemeinsame afrikanische Positionen zu vertreten.

Mit zunehmender Vehemenz fordern afrikanische Staaten Reformen im UNO-System, welche insbesondere auf mehr Inklusivität und Transparenz abzielen. Im gleichen Atemzug verlangt eine gemeinsame afrikanische Position eine Aufstockung der Mitglieder im UNSR. Der Anspruch auf eine grösitere Vertretung afrikanischer Staaten ist auch in Bezug auf die internationalen Finanzinstitutionen zu beobachten. Parallel dazu steigt der Einfluss Afrikas in alternativen multilateralen Staatengruppen. Neben der Erweiterung der BRICS-Staaten um Ägypten und Äthiopien ist hier die Aufnahme der AU in die G20 zu nennen. Sich vermehrlich auch prominent zu globalen Entwicklungen einbringende Staaten unterstreichen den allgemeinen Anspruch Afrikas auf ein erhöhtes Mitspracherecht. Zudem koordinieren sich zahlreiche afrikanische Staaten verstärkt beispielsweise im Rahmen der Organisation internationale de la Francophonie (OIF) oder der Arabischen Liga.

Die multilateralen Entwicklungsbanken und die UNO-Organisationen leisten wichtige Beiträge zur Bewältigung globaler und regionaler Herausforderungen in Afrika, wie Klimawandel und Fragilität. Diese Institutionen werden von den afrikanischen Ländern aktiv mitgestaltet. Die afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) verfügt über eine hohe politische Legitimität auf dem Kontinent. Mit der Förderung nachhaltiger Investitionen trägt sie zur regionalen Entwicklung und Integration bei. Bereits seit fast 25 Jahren ist zudem die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) in Nordafrika tätig, welche nun eine schrittweise Erweiterung auf ausgewählte Länder in Subsahara-Afrika plant.

Die Schweiz und der afrikanische Multilateralismus

Die Schweiz ist in Addis Abeba als Beobachterin bei der AU akkreditiert. Die wachsende Bedeutung des afrikanischen Multilateralismus spiegelt sich auch in einer geographischen Verbreitung und Vernetzung wider. So tangieren die Initiativen der AU verschiedene aussenpolitische Schwerpunkte der Schweiz. Zudem finden sich auch vermehrt Büros und regionale Zentren afrikanischer Initiativen über den gesamten Kontinent verteilt. Für die Schweiz bietet dies die Chance, ihr breites Netz an Aussenvertretungen zu mobilisieren und die Beziehungen koordiniert jeweils vor Ort zu pflegen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem internationalen Genf. Dort werden für die afrikanischen Staaten relevante internationale Standards diskutiert und gesetzt. Eine engere Verknüpfung Genfs mit dem multilateralen Afrika bietet sich folglich an, so etwa bei der afrikanischen Export-Import Bank (Afreximbank), welche auch neue Geschäftsmöglichkeiten für die Schweizer Exportwirtschaft eröffnen könnte.

Die Schweiz unterstützt das Bestreben der afrikanischen Staaten nach mehr Eigenverantwortung im Rahmen der APSA. Aus strategischer Sicht bietet es sich an, vielversprechende multilaterale Initiativen mitzutragen. Insbesondere besteht ein Interesse, Kooperationsmöglichkeiten mit der AfCFTA weiter zu verfolgen. In den bestehenden multilateralen Gefässen wie der UNO bietet sich sodann die vermehrte Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten an, beispielsweise zu Umweltthemen. Afrika vereint mehr als ein Viertel der UNO-Mitgliedsstaaten, welche in gewissen Themen ähnliche Positionen wie die Schweiz vertreten. Eine thematische Überlappung beider Seiten betrifft namentlich die Stärkung der Rolle des universellen multilateralen Systems.

Als Mitglied der AfDB, der Weltbank und der EBRD nutzt die Schweiz die Möglichkeiten des Dialogs, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Gouvernanz, die Entwicklung des Privatsektors zu fördern und den hohen Verschuldungsgrad vieler afrikanischer Mitgliedstaaten zu reduzieren. Gleichzeitig engagiert sich die Schweiz um einen aktiven Einbezug afrikanischer Staaten in multilaterale Gremien zu internationalen Finanz- und Steuerfragen.

32 Agenda 2063: The Africa We Want., <https://au.int/en/agenda2063/overview>

Ziele und Massnahmen:

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz unterstützt die Afrikanische Union und die regionalen Organisationen bei der Friedensförderung und stellt bei Bedarf eigene Experten zur Verfügung.**
 - a. Regionalorganisationen profitieren in ausgesuchten Politikfeldern von der friedenspolitischen Unterstützung und Expertise der Schweiz.
 - b. Stärkung der Beziehungen von afrikanischen Staaten, der AU und Regionalorganisationen zum internationalen Genf.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 2. Die Schweiz unterstützt die AfCFTA und strebt den Zugang für ihre Unternehmen an.**
 - a. Überprüfung des Einbezugs von Massnahmen zur technischen Unterstützung bei der Umsetzung der afrikanischen Freihandelszone.
 - b. Förderung von Kontakten zwischen dem Schweizer Privatsektor und dem AfCFTA-Generalsekretariat.
 - c. Überprüfung Einsetzung eines Handelsdialoges mit dem AfCFTA-Generalsekretariat.
- 3. Die Schweiz stärkt ihre strategische Partnerschaft mit der Afreximbank.**
Sie bewirbt sich um die Eröffnung eines Europabüros der Afreximbank in Genf.
- 4. Die Schweiz setzt sich für eine koordinierte und konsensbasierte internationale Steuerarchitektur wie auch für den Aufbau relevanter Kapazitäten ein, insbesondere durch eine Verstärkung der Mobilisierung nationaler Ressourcen im Rahmen der IZA zur Begleitung der Umsetzung der Arbeiten des inclusive framework on BEPS der G20/OECD.**
- 5. Die Schweiz führt mit afrikanischen Ländern einen Dialog über die Bedürfnisse in Bezug auf eine wirkungsorientierte Folgeagenda «Post-2030».**
 - a. Nutzung des jährlichen «High Level Political Forum» in New York als Dialogplattform.
 - b. Antizipation zukünftiger Technologien, insbesondere im Hinblick auf die Erreichung der SDGs, unter Einbeziehung der Stiftung Geneva Science and Diplomacy Anticipator (GESDA).
- 6. Die Schweiz beeinflusst über ihre Vertretung in den Leitungsgremien die strategische, institutionelle und operative Ausrichtung der multilateralen Entwicklungsbanken.**
 - a. Fokus auf globale Herausforderungen wie Klimawandel und Armutsreduktion.
 - b. Verstärkung der Koordination von Entwicklungsbanken, um die systemische Wirksamkeit zu erhöhen.

6 Agilität und Flexibilität der Afrika Strategie 2025–2028

6.1 Antizipation

Bei der Umsetzung der Afrika-Strategie 2025–2028 ist Antizipation ein integraler Bestandteil, um dem volatilen Kontext Rechnung zu tragen und eine optimale Wirkung der aussenpolitischen Instrumente zu gewährleisten. Methoden der Antizipation werden von der Bundesverwaltung bereits seit langem eingesetzt, etwa bei der Planung und Umsetzung von Programmen der Entwicklungszusammenarbeit. So liefert etwa das «Monitoring Entwicklungsrelevanter Variablen» kontinuierliche Daten zur Überwachung von Kontexten in verschiedenen Ländern Afrikas. Im Rahmen dieser Strategie werden jedoch weitere Methoden der Antizipation systematisch und umfassend angewandt.

Zentrale und Aussennetz betreiben gemeinsam einen Horizon-Scanning-Prozess. Dadurch wird die Offenheit gegenüber künftigen Entwicklungen erhöht. Wichtige Signale werden rechtzeitig an die Zentrale weitergeleitet und Lageänderungen werden systematisch verfolgt.

Die Entwicklung von verschiedenen Szenarien war bislang der Standard bei der Planung neuer Länder- und Regionalprogramme. Diese beschreiben verschiedene mögliche Zukunftsentwicklungen und definieren Massnahmen sowie Indikatoren, um frühzeitig Veränderungen in Richtung eines bestimmten Szenarios zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Im Rahmen der Afrika-Strategie 2025–2028 wird die Qualität der Szenarien optimiert.

Auf Grundlage des Horizon-Scanning-Prozesses und der Szenarien-Analyse wird fortlaufend der Bedarf für Eventualplanungen (Kontingenzenpläne) ermittelt. Anhand eines festgelegten Kriterienkatalogs wird über die Umsetzung der Pläne entschieden. Dabei werden für die Schweiz relevante Brüche mit der gegenwärtigen Situation identifiziert, die eine Vorbereitung von Massnahmen und die Anpassung bestehender Instrumente erfordern. Die detaillierte Planung und Vorbereitung von Massnahmen der Schweiz bei bestimmten Entwicklungen in Afrika, wie beispielsweise verfassungswidrige Regierungswechsel und Eskalationen von Spannungen, sorgt dafür, dass schneller und ohne Zeitdruck reagiert werden kann und die Kohärenz der Schweizer Aussenpolitik verbessert wird.

Durch Antizipation werden die konkreten Vorbereitungen und Planungen sowohl für potenziell negative Entwicklungen als auch für zukünftige Chancen gestärkt. Die Umsetzung der Strategie erfolgt daher flexibel.

6.2 Toolbox aussenpolitischer Instrumente

Für die Darstellung der Toolbox aussenpolitischer Instrumente wird auf die Aussenpolitische Strategie 2024–2027 verwiesen. Die Antizipationsarbeiten dienen auch dazu, die aussenpolitischen Instrumente besser auf den Kontext abzustimmen, um eine optimale Wirkung zu erzielen und Ressourcen gezielter einzusetzen.

Es bleibt zentral, die grundlegenden Interessen der Schweiz zu wahren und die in der Strategie definierten Ziele bestmöglich zu erreichen. Auch in der Anwendung der aussenpolitischen Instrumente gilt es, flexibel zu bleiben, sich ergebende negative sowie positive Entwicklungen in die Gestaltung der Schweizer Aussenpolitik einfließen zu lassen, Anpassungen vorzunehmen und die strategische Ausrichtung weiterzuentwickeln. Allfällige Anpassungen der Strategie können im Rahmen des nach zwei Jahren vorgesehenen Midterm-Review beschlossen werden.

7 Partner für die Umsetzung

Die Schweiz setzt diese Strategie partnerschaftlich um. Sie vertritt ihre Interessen und fördert ihre Werte, indem sie neben den afrikanischen Regierungen mit zahlreichen Akteuren zusammenarbeitet. Zu diesem Zweck fördert sie den Aufbau von Partnerschaften und Netzwerken mit Regierungen, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern und Unternehmen, der Wissenschaft sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und Entwicklungsbanken. In der Schweiz legt der Bundesrat besonderes Augenmerk auf die Synergien mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie den drei Genfer Zentren (GCSP, DCAF und GICHD).³³

Die Schweiz als Gaststaat

Als wichtiger Partner in der aussenpolitischen Zusammenarbeit trägt der Gaststaat eine Hauptverantwortung für Reformen und gesellschaftliche Veränderungen. Die afrikanischen Vertretungen in Bern und Genf spielen eine wichtige Rolle, weshalb sich die Schweiz bemüht, alle afrikanischen UNO-Mitgliedsstaaten von den Vorteilen einer ständigen Präsenz in der Schweiz zu überzeugen. Derzeit sind 51 der insgesamt 54 afrikanischen UNO-Mitgliedsstaaten in der Schweiz vertreten. Sie ist auch bestrebt, den politischen Dialog mit anderen Staaten durch diplomatische Besuche und mithilfe ihres Netzes von Vertretungen vor Ort zu stärken.

Internationale und regionale Organisationen

Für die Umsetzung der Kooperationsprogramme nutzt die Schweiz das Fachwissen internationaler Organisationen wie der UNO, der Weltbank oder des IKRK. Neben der finanziellen Unterstützung, die die Schweiz diesen Organisationen gewährt, stellt sie ihnen auch Expertinnen und Experten zur Verfügung, insbesondere für Friedensmissionen. Für die Schweiz ist es entscheidend, dass diese Organisationen klare Ziele und definierte Handlungsspielräume haben, damit ihre Wirksamkeit und Effizienz überprüft und verbessert werden kann. So unterstützt die Schweiz beispielsweise beim Langzeitkonflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo den UNO-Sondergesandten bei seiner Aufgabe, die regionale Zusammenarbeit zu stärken. Regionale Organisationen wie die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC), die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) oder die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD) sind ebenfalls Partner der Schweiz.

³³ Geneva Centre for Security Policy, Geneva Centre for Security Sector Governance, Geneva International Centre for Humanitarian Demining

Europäische Union und weitere europäische Partner

In mehreren afrikanischen Staaten arbeitet die Schweiz zusammen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten. Diese Zusammenarbeit konzentriert sich auf die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung des zivilen Friedens. Um diese Bereiche zu stärken, führt die Schweiz mit der EU und mehreren ihrer Mitgliedstaaten politische Dialoge über Afrika. In Zukunft soll das Potenzial der gemeinsamen Initiativen und Aktionen systematischer genutzt werden. Beispielsweise wird die von der EU und der AU geplante gemeinsame Strategie für Afrika die Entwicklung von Kooperationen in Bereichen wie Klimawandel und Digitalisierung ermöglichen. Die Schweiz unterstützt auch regionale Dialogforen, wie den Khartum- und den Rabat-Prozess im Bereich der Migration. Im Visa-Bereich arbeitet die Schweiz eng mit den Schengen-Staaten zusammen, um das Dienstleistungsangebot zu erweitern und die Beantragung zu vereinfachen, mit Vertretungsvereinbarungen in 25 Ländern.

Unternehmen

Ein stabiles und berechenbares Geschäftsumfeld ist für Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Die Schweiz ist im ständigen Austausch mit den Wirtschaftsverbänden, Handelskammern und Unternehmen. Zu den gemeinsamen Interessen mit dem Privatsektor gehören Frieden und Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, eine stabile Regierungsführung und eine leistungsfähige Infrastruktur. Viele Schweizer Unternehmen sind bereits in Afrika tätig, schaffen hochwertige Arbeitsplätze und verbessern die lokalen Perspektiven. Mit einer verantwortungsvollen Unternehmensführung können sie einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz der Menschenrechte leisten. Der Privatsektor ist auch ein wichtiger Partner für die Entwicklungszusammenarbeit.

Partner der wissenschaftlichen Zusammenarbeit

Mit ihren weltweit anerkannten Hochschulen steht die Schweiz an der Spitze der Innovation und der neuen Technologien. Im Rahmen der bilateralen Kooperationsprogramme beauftragt der Bund Schweizer Hochschulen als «Leading House» mit der Entwicklung von Kooperationsinstrumenten im Bereich der Forschung und Innovation. Schweizer Wissenschaftsinstitutionen leisten einen wichtigen Beitrag zu den Projekten der European & Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP), die die klinische Forschung zu Krankheiten fördert, von denen Subsahara-Afrika stark betroffen ist. Darüber hinaus engagieren sie sich in weiteren Kooperationen mit afrikanischen Partnern im Rahmen anderer

EU-Förderprogramme und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Afrika. Diese Partnerschaften fördern den Austausch von Wissen in verschiedenen Forschungsbereichen und unterstützen nachhaltige Lösungen für gemeinsame Herausforderungen. Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung arbeitet eng mit verschiedenen Partneragenturen auf dem afrikanischen Kontinent zusammen. Verschiedene andere wissenschaftliche Akteure aus der Schweiz unterhalten Kooperationen mit afrikanischen Partnern.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs)

Die Schweiz arbeitet in verschiedenen Kontexten mit lokalen, schweizerischen und internationalen NGOs zusammen. Diese stellen in Krisengebieten lebensnotwendige Dienstleistungen (Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Unterkünfte usw.) bereit. In anderen Regionen befassen sie sich zum Beispiel mit Menschenrechten, Sicherheit, Bildung oder Wasser. Die Rolle der NGOs ist wichtig um die qualitativen Leistungen zu gewährleisten. Die Schweiz sichert durch interne und externe Kontrollen die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel und Zielerreichung.

Anhang

Netzwerk der Schweizer Vertretungen in Afrika



● BOTSCHAFT ● BOTSCHAFT TEMPORÄR GESCHLOSSEN ● KOOPERATIONSBÜRO ● GENERALKONSULAT

Übersicht Ziele

Regionale Ziele – Westafrika

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz agiert als Vermittlerin bei der Prävention, Bewältigung und Lösung von Gewaltkonflikten.**
 - a. Förderung, Unterstützung oder Leitung von Mediationsprozessen.
 - b. Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung vor gewalttätigem Extremismus.
 - c. Evaluation und Unterstützung beim Aufbau lokaler Kapazitäten für Friedensförderung durch zivile und militärische Experten³⁴.
- 2. Die Schweiz intensiviert den partnerschaftlichen Austausch zu Migration mit Westafrika.**
 - a. Fortführung der bestehenden bilateralen Migrationsdialoge mit vier Staaten.
 - b. Stärkung der Zusammenarbeit mit mindestens zwei zusätzlichen Staaten.
 - c. Implementierung von Programmen zum Schutz von Migranten und zum Kapazitätsaufbau im Bereich Migration, insbesondere mit Nigeria.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 3. Die Schweiz fördert die nachhaltige Entwicklung in einzelnen Ländern Westafrikas.**
 - a. Verbesserung des Zugangs zu und der Qualität von Basisdienstleistungen mit einem Schwerpunkt auf Grundbildung und finanzieller Inklusion.
 - b. Verbesserung dieses Zugangs auch in Krisensituationen
 - c. Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung
- 4. Die Schweiz setzt sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in und mit westafrikanischen Ländern ein. Dies mit dem Ziel einer geografischen Diversifizierung des Außenhandels und der Erschließung neuer Märkte.**
 - a. Unterstützung der Diversifizierungsanstrengungen westafrikanischer Volkswirtschaften bezüglich Außenhandels und Erschließung neuer Märkte.
 - b. Die Schweiz bewertet den Stand ihrer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit den dynamischen Volkswirtschaften der Region im Rahmen ihres Ziels, ihre Wirtschaftspartner zu diversifizieren.
 - c. Pflege hochrangiger Kontakte mit wirtschaftlich vielversprechenden Partnerländern Westafrikas.
- 5. Die Schweiz schafft optimale Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen unter Einhaltung der Grundprinzipien der Schweizer BFI-Politik, mit den vorhandenen Instrumenten und unter Einbezug der Akteurinnen und Akteure.**

Umwelt

- 6. Die Schweiz unterstützt gezielt westafrikanische Staaten bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels.**
 - a. Umsetzung bilateraler Abkommen unter Art. 6 des Pariser Übereinkommens.
 - b. Berücksichtigung und Prävention der klimawandelbedingten Sicherheitsrisiken.
 - c. Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen mit Fokus auf Ernährungssicherheit und besseren Zugangs zu Wasser.

Demokratie und Gouvernanz

- 7. Die Schweiz stärkt demokratische Institutionen und Prozesse und bekämpft die Korruption in Westafrika.**
 - a. Förderung einer leistungsfähigen, transparenten und rechenschaftspflichtigen öffentlichen Verwaltung, insbesondere auf dezentraler Ebene.
 - b. Unterstützung von Medien und Zivilgesellschaft in der freien Ausübung ihrer Tätigkeiten.
 - c. Einbezug einiger Länder in spezifische Dialogforen.
- 8. Die Schweiz fördert gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit.**
 - a. Führung eines Menschenrechtsdialogs mit Nigeria, inklusive im Bereich des Menschenhandels.
 - b. Entsendung von zivilen Expertinnen und Experten sowie Polizistinnen und Polizisten zu internationalen und regionalen Organisationen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit
 - c. Unterstützung von Frauenrechtsorganisationen.

³⁴ Wie z.B. Kurse des «Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre» in Accra, bzw. der «Alioune Blondin BEYE Peacekeeping School» in Bamako.

Regionale Ziele – Ostafrika

Frieden und Sicherheit

1. **Die Schweiz bleibt in Ostafrika eine geschätzte Vermittlerin bei Gewaltkonflikten, mit Fokus auf den Sudan und flexibler Ausrichtung ihrer Friedenspolitik.**
 - a. Unterstützung des Friedensprozesses im Sudan.
 - b. Förderung lokaler Kapazitäten für Friedensarbeit durch zivile und militärische Expertise sowie Schulungen.³⁵
 - c. Nutzung des politischen Profils der neuen Botschaft in Kigali zur Unterstützung der Friedensarbeit, insbesondere mit Blick auf Zentralafrika.
2. **Die Schweiz strebt eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Ostafrikas im Migrationsbereich an und übernimmt eine aktive Rolle in regionalen Dialogen.**
 - a. Unterstützung lokaler und regionaler Behörden bei der Steuerung der Migration, einschliesslich Arbeitsmigration.
 - b. Förderung des Zugangs zu wirtschaftlichen Perspektiven und Beschäftigungsmöglichkeiten für Migranten und Zwangsvertriebene.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

3. **Die Schweiz verbessert gezielt die Rahmenbedingungen für den lokalen Privatsektor in ausgewählten Ländern.**
 - a. Unterstützung bei der Diversifizierung des Aussenhandels und der Erschliessung neuer Märkte.
 - b. Verbesserung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen Basisdienstleistungen.
4. **Die Schweiz stärkt die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit ostafrikanischen Ländern, um den Aussenhandel geografisch zu diversifizieren und neue Märkte zu erschliessen.**
 - a. Bewertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dynamischen Volkswirtschaften der Region.
 - b. Diversifizierung der Wirtschaftspartner und Pflege hochrangiger Kontakte mit vielversprechenden Partnerländern.
5. **Die Schweiz verbessert die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen unter Einhaltung der Grundprinzipien der Schweizer BFI-Politik, mit den vorhandenen Instrumenten und unter Einbezug der Akteurinnen und Akteure.**

Umwelt

6. **Die Schweiz unterstützt gezielt ostafrikanische Staaten bei der Bewältigung der Klimawandelfolgen.**
 - a. Umsetzung bilateraler Abkommen unter Art. 6 des Pariser Übereinkommens.
 - b. Prävention der klimawandelbedingten Sicherheitsrisiken.
 - c. Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen mit Fokus auf Ernährungssicherheit und verbessertem Zugang zu sauberem Wasser.

Demokratie und Gouvernanz

7. **Die Schweiz stärkt die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit.**
 - a. Förderung des Kapazitätsaufbaus lokaler Behörden zur Sicherstellung grundlegender Dienstleistungen.
 - b. Stabilisierung fragiler Kontexte durch Stärkung demokratischer Rechenschaftspflichtmechanismen auf zentraler und lokaler Ebene.

³⁵ Zum Beispiel: «International Peace Support Training Centre» in Nairobi bzw. Evaluation möglicher Unterstützung beim Aufbau lokaler Kapazitäten durch Experten, z.B. der «Rwanda Peace Academy» in Kigali.

Regionale Ziele – Zentralafrika

Frieden und Sicherheit

1. Die Schweiz setzt gezielt friedenspolitische Instrumente ein, um Gewaltkonflikte zu verhindern, zu bewältigen und zu lösen.
 - a. Initiierung und Begleitung mindestens eines regionalen Mediationsprozesses.
 - b. Unterstützung mindestens eines nationalen oder innerregionalen Friedensprozesses.
 - c. Entsendung von zivilen Experten und Polizisten für Organisationen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

2. Die Schweiz unterstützt besonders verletzte Bevölkerungsgruppen.
 - a. Schaffung neuer und qualitativ besserer Arbeitsplätze sowie erleichterter Zugang zu Dienstleistungen und Finanzprodukten.
 - b. Verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu sanitären Einrichtungen.
 - c. Förderung der Umsetzung der UNO-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechten sowie der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln und Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Schweizer Privatsektor.

Demokratie und Gouvernanz

3. Die Schweiz stärkt die Partizipation und Leistungsfähigkeit der Behörden bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.
 - a. Stärkung demokratischer Mechanismen zur Rechenschaftspflicht auf zentraler und lokaler Ebene.
 - b. Aufbau von Kapazitäten lokaler Behörden bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen.
4. Durch die Implementierung von Programmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Straflosigkeit, legt die Schweiz ihren Schwerpunkt auf den Einsatz für Menschenrechte im Zusammenhang mit Gleichstellungsfragen.

Regionale Ziele – südliches Afrika

Frieden und Sicherheit

1. Die Schweiz fördert Friedensinitiativen durch Dialoge und den Ausbau von Kapazitäten zur Friedensvermittlung.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

2. Die Schweiz strebt bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Südafrika und dem südlichen Afrika an.
 - a. Bewertung der Wirtschaftslage zur Diversifikation von Wirtschaftspartnern.
 - b. Verbesserung der Bedingungen für den lokalen Privatsektor.
 - c. Erleichterung des Zugangs zu regionalen und internationalen Märkten.
3. Die Schweiz fördert menschliche Entwicklung und Grundversorgung: Hilfe in Notsituationen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Zugang zu Dienstleistungen und Finanzprodukten.
4. Die Schweiz schafft optimale Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen im Einklang mit der BFI-Politik, unter Nutzung bestehender Instrumente und Einbindung relevanter Akteure (etwa zur Unterstützung der wissenschaftlichen Inbetriebnahme von SKAO als Mitgliedstaat).

Umwelt

5. Die Schweiz unterstützt nationale und lokale Massnahmen zur Reduktion von Katastrophenrisiken im Zuge des Klimawandels (wie zum Beispiel bilaterale Abkommen gemäss Art. 6 des Pariser Übereinkommens, um den Klimawandel zu bekämpfen).

Demokratie und Gouvernanz

6. Die Schweiz stärkt die Demokratie und fördert die Menschenrechte.
 - a. Einbezug einiger Länder der Region in Dialogforen zur Demokratie.
 - b. Bilateraler Menschenrechtsdialog mit Südafrika und begleitende Projekte.
 - c. Entsendung von zivilen Experten zu internationalen und regionalen Organisationen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit.
 - d. Unterstützung von Programmen zur Reduktion von Gewalt und zum Schutz vulnerabler Personen.

Regionale Ziele – Nordafrika

Frieden und Sicherheit

-
1. Die Schweiz fördert Friedensinitiativen und den Dialog zwischen regionalen Akteuren für politische Konfliktlösungen.
 2. Die Schweiz unterstützt multilaterale Friedensprozesse, insbesondere jene der UNO.
-

Schutz von Menschen in Notsituationen

-
3. Die Schweiz fördert geordnete Migrationsgouvernanz und den Schutz von Migranten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.
 4. Die Schweiz stärkt die durch die reguläre (auch zirkuläre) Migration eröffneten Perspektiven.
 5. Die Schweiz setzt ihre humanitäre Unterstützung in relevanten Kontexten fort.
-

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

-
6. Die Schweiz fördert inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Nordafrika und unterstützt Reformen für solide makroökonomische Gouvernanz.
 7. Die Schweiz stärkt die wirtschaftliche Vernetzung mit Nordafrika.
 8. Die Schweiz unterstützt Regierungen und Unternehmen in Ägypten, Marokko und Tunesien bei verantwortungsvollem Unternehmertum.
 9. Die Schweiz schafft Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen im Einklang mit der BFI-Politik.
-

Umwelt, Klima und Energie

-
10. Die Schweiz unterstützt alle Bemühungen (Stadtplanung, grüne Fonds, Wasser- und Abfallmanagement) zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels.
 11. Die Schweiz fördert die Umsetzung der bestehenden bilateralen Abkommen im Bereich des Klimaschutzes.
-

Regierungsführung und Menschenrechte sowie Korruptionsbekämpfung

-
12. Die Schweiz fördert politische Partizipation und stärkt die Grundlagen für integrative wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Regionale Ziele – Multilateralismus

Frieden und Sicherheit

1. Die Schweiz unterstützt die Afrikanische Union und die regionalen Organisationen bei der Friedensförderung und stellt bei Bedarf eigene Experten zur Verfügung.
 - a. Regionalorganisationen profitieren in ausgesuchten Politikfeldern von der friedenspolitischen Unterstützung und Expertise der Schweiz.
 - b. Stärkung der Beziehungen von afrikanischen Staaten, der AU und Regionalorganisationen zum internationalen Genf.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

2. Die Schweiz unterstützt die AfCFTA und strebt den Zugang für ihre Unternehmen an.
 - a. Überprüfung des Einbezugs von Massnahmen zur technischen Unterstützung bei der Umsetzung der afrikanischen Freihandelszone.
 - b. Förderung von Kontakten zwischen dem Schweizer Privatsektor und dem AfCFTA-Generalsekretariat.
 - c. Überprüfung Einsetzung eines Handelsdialoges mit dem AfCFTA-Generalsekretariat.
3. Die Schweiz stärkt ihre strategische Partnerschaft mit der Afreximbank.
Sie bewirbt sich um die Eröffnung eines Europabüros der Afreximbank in Genf.
4. Die Schweiz setzt sich für eine koordinierte und konsensbasierte internationale Steuerarchitektur wie auch für den Aufbau relevanter Kapazitäten ein, insbesondere durch eine Verstärkung der Mobilisierung nationaler Ressourcen im Rahmen der IZA zur Begleitung der Umsetzung der Arbeiten des inclusive framework on BEPS der G20/OECD.
5. Die Schweiz führt mit afrikanischen Ländern einen Dialog über die Bedürfnisse in Bezug auf eine wirkungsorientierte Folgeagenda «Post-2030».
 - a. Nutzung des jährlichen «High Level Political Forum» in New York als Dialogplattform.
 - b. Antizipation zukünftiger Technologien, insbesondere im Hinblick auf die Erreichung der SDGs, unter Einbeziehung der Stiftung Geneva Science and Diplomacy Anticipator (GESDA).
6. Die Schweiz beeinflusst über ihre Vertretung in den Leitungsgremien die strategische, institutionelle und operative Ausrichtung der multilateralen Entwicklungsbanken.
 - a. Fokus auf globale Herausforderungen wie Klimawandel und Armutsreduktion.
 - b. Verstärkung der Koordination von Entwicklungsbanken, um die systemische Wirksamkeit zu erhöhen.

Abkürzungsverzeichnis

AES	Allianz der Sahelstaaten	G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
AfDB	Afrikanische Entwicklungsbank	GCSP	Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik
AfcFTA	Afrikanische Freihandelszone	GESDA	Geneva Science and Diplomacy Anticipator
Afreximbank	Afrikanische Export-Import Bank	GICHD	Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung (Geneva International Centre for Humanitarian Demining)
APS	Aussenpolitische Strategie	IGAD	Intergovernmental Authority on Development
APSA	Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
AU	Afrikanische Union	IPSTC	International Peace Support Training Centre, Nairobi, Kenia
BEPS	Base Erosion and Profit Sharing (Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung)	IWF	Internationaler Währungsfonds
BFI	Bildung, Forschung, Innovation	IZA	Internationale Zusammenarbeit
BIP	Bruttoinlandsprodukt	MENA	Naher Osten und Nordafrika
BRICS+	Vereinigung von Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika (Stand 2010), Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate (Stand 2024)	MINUSMA	Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali
CO ₂	Kohlendioxid	NGO	Nichtregierungsorganisation
Covid-19	Coronavirus- 2019	OIF	Organisation Internationale de la Francophonie
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DCAF	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	PSC	Sicherheitsrat der Afrikanischen Union
EAC	Ostafrikanische Gemeinschaft	REC	Regionale Wirtschaftsgemeinschaften
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	RPA	Rwanda Peace Academy
ECOWAS	Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States)	SADC	Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	SDG	Ziele für nachhaltige Entwicklung
EDCTP	European & Developing Countries Clinical Trials Partnership	SKAO	Square Kilometre Array Observatory
EMP-ABB	Alioune Blondin BEYE Peacekeeping School, Bamako, Mali	SKH	Schweizerisches Korps für Humanitäre Hilfe
EU	Europäische Union	UNO	Organisation der Vereinten Nationen
		UNSR	UNO-Sicherheitsrat
		USA	Vereinigte Staaten von Amerika

Glossar

Auf der Website des EDA findet sich ein laufend aktualisiertes [Glossar](#) mit Begriffen der Aussenpolitik. Das Glossar soll zu einem gemeinsamen terminologischen Verständnis beitragen.



Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern
www.eda.admin.ch

Publikationsdatum:
20.12.2024

Gestaltung:
Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Titelbild:
Kapstadt, Südafrika
© shutterstock.com

Karten:
Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen auf den Karten bedeutet nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich und kann heruntergeladen werden unter www.eda.admin.ch/strategien.

Bern, 2025 / © EDA

